MAX KNIE



15 JAHRE LÜBECKER ZEITGESCHICHTE

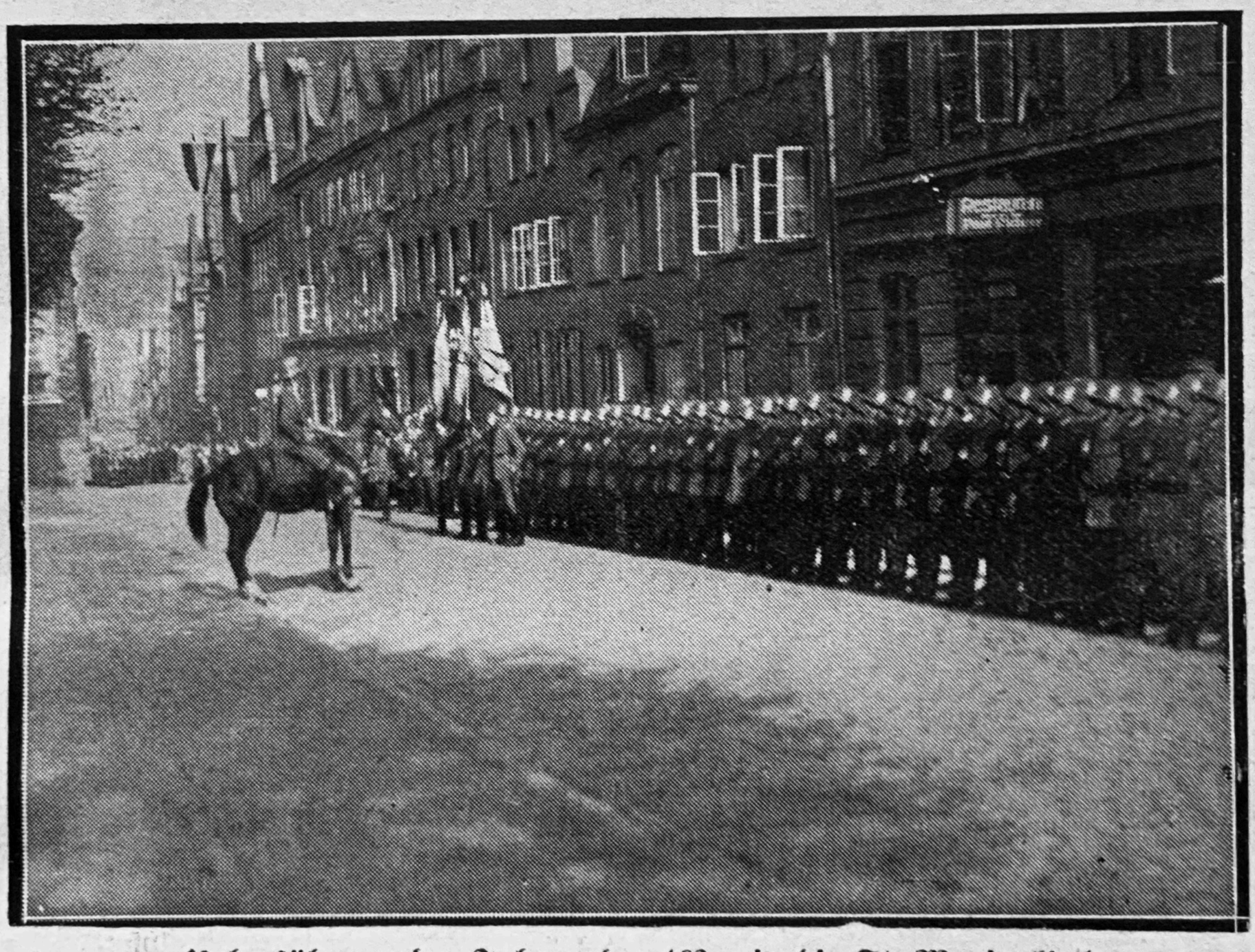
VON DER REVOLTE BIS ZUR NATIONALEN ERHEBUNG

VERLAG CHARLES COLEMAN, LÜBECK

den Rücktritt des Bürgermeisters frei geworden. Für Friedrich aber erschien Dr. Leber im Volksboten.

* * *

Wenn wir den ersten Abschnitt überblicken, so ist festzustellen, daß in Lübeck im allgemeinen die Revolte ohne starke Erschütterungen vor sich gegangen war. Die Lübecker Arbeiterschaft benahm sich durchaus verständig. Wenn unverantwortliche radikale Elemente aus Hamburg und Lübeck sich zu Gewalttaten hinreißen ließ, so traten ihnen sogar die Lübecker Arbeiter entgegen und sorgten mit dafür, daß bald wieder Ordnung herrschte. Das sollte sich leider in den folgenden Jahren ändern. Die Saat, die vornehmlich Dr. Leber und sein Gehilfe Dr. Solmitz ausstreuten, ging eben üppig empor.



Ueberführung der Fahnen der 162er in die St. Marienkirche

II. Abschnitt:
Bis zum Sturz des Bürgermeisters Dr. Neumann

Die Wahl von Senator Friedrich erfolgte nicht ohne scharfe Auseinandersetzungen in der Bürgerschaft. Nach der Verfassungsänderung sollte der Senat von 14 auf 12 Mitglieder verkleinert werden. Die Sozialdemokraten aber erzwangen die Neuwahl, so daß sie nun 6 von 14 Sitzen inne hatten. Die Uebergangsbestimmungen waren noch nicht in Kraft getreten. Haut erklärte, daß die Sozialdemokraten bereit wären, für die nächsten zwei freiwerdenden Sitze im Senat keine Neuwahl eintreten zu lassen, für diesmal aber müßten sie auf der Wahl bestehen bleiben. Vergeblich war auch der Hinweis auf die bedrängte Finanzlage Lübecks.

Die Bürgerschaft trat am 31. Januar zu einer neuen Sitzung zusammen. Eben waren die Feindforderungen eingetroffen, die eine Zahlung von 226 Milliarden Goldmark in 42 Jahren und eine Exportsteuer von 12½ Prozent verlangten. So war die Lübecker Bürgerschaft das erste deutsche Parlament, das zu diesen wahnwitzigen Forderungen

Stellung nehmen konnte. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Bürgerschaft der freien und Hansestadt Lübeck ersucht den Senat, die Reichsregierung zu veranlassen, sich gegen die unerhörten und durch nichts zu rechtfertigenden neuesten Forderungen des Feindbundes unbedingt ablehnend zu verhalten. Die Reichsregierung kann sich bei dieser Ablehnung auf alle deutschen Volkskreise stützen, denn das jetzt vom deutschen Volke Geforderte würde es dem völligen Ruin und Untergange ausliefern."

In Oberschlesien aber rüstete sich das Volk zur Abstimmung und Zehntausende ehemaliger Oberschlesier reisten in die alte Heimat, um mitzuhelfen, dieses Land Deutschland zu erhalten. Am 19. Februar wurde im Rahmen der oberschlesischen Opferwoche auf dem Klingenberg ein Abendkonzert gegeben. Hier sprach Dr. Müller, nach dessen Rede das Deutschlandlied gesungen wurde. Halbstarke trieben im Hintergrunde wieder ihr Unwesen. Sie pfiffen dazwischen. Besonders ein Bursche trieb es dabei arg. Er stand unmittelbar hinter den Singenden. Bis ein deutsches Mädel, das im Innersten ergriffen die Nationalhymne mitsang, sich umdrehte und dem Burschen eine Ohrfeige verabreichte, daß er von seinem Fußschemel, auf den er sich gestellt hatte, herunterstürzte. Nun kamen auch Arbeiter herzu, die den Burschen weiter behandeln wollten, weshalb er lieber Fersengeld gab. Ein deutsches Mädel mußte aber erst einschreiten, um die Feier ohne Störung ausklingen zu lassen.

Oberschlesien und die heimattreuen Oberschlesier in allen deutschen Gauen taten ihre Pflicht. Trotzdem gingen wertvolle Teile von Oberschlesien verloren, weil eben Willkür Trumpf war.

Im März erfolgten Sanktionen der Franzosen, um die Annahme der Forderungen zu erzwingen. Duisburg wurde besetzt und zahlreiche andere Städte. Die Mark war um die Zeit noch 6½ Pfennige wert. In der allgemeinen Not entwickelten sich erbauliche Zustände. Da wurden zwei Polizeibeamte gefaßt, die ein großes Faß Sprit verschoben hatten, ein Zollbetriebssekretär und ein Zollamtsdiener stahlen für 300 000 Mark Banderolen, auf der Kartoffelstelle entdeckte man große Unterschlagungen usw. Was hatte doch 1918 der glorreiche Lübecker Soldatenrat verkündet? Es sollte Schluß gemacht werden mit den korruptiven Zuständen — damals sah der Soldatenrat nur solche Zustände, jetzt aber sah alle Welt den moralischen Niederbruch weitester Kreise.

Am 27. März gingen die Reichswasserstraßen und damit auch der Elbe-Trave-Kanal auf das Reich über. Lübeck hatte Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um an dem Betriebsüberschuß des Kanals beteiligt zu bleiben. Inzwischen ist leider aus dem Ueberschuß ein Defizit geworden, an dem natürlich Lübeck auch quotenmäßig beteiligt ist.

Das Reichsmietengesetz und die für Lübeck geplante Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer rief die Grundeigentümer auf den Plan, die in einer riesigen Protestversammlung der Bürgerschaft das Vertrauen absprachen und sie als unfähig bezeichneten, auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens Gesetze zu schaffen. Zum ersten Male waren sich in der Verurteilung der Bürgerschaftspläne Mieterorganisation und Hausbesitzerorganisation einig. Auch der Mieterschutzverein nahm eine Entschließung an, in der gegen die Art der vorgesehenen Besteuerung aufs schärfste protestiert wurde, weil man in der Art der Steuereinziehung durch den Hausbesitzer nur eine Quelle ewigen Streites zwischen Hausbesitzer und Mieter sah. Im übrigen sollten Senat und Bürgerschaft endlich nach einem festen Programm an die Beseitigung der Wohnungsnot gehen.

Genutzt haben diese Protestversammlungen nichts.

Der Tod der Kaiserin Auguste Viktoria

Am 11. April 1921 verstarb fern ihrem Vaterlande die Kaiserin Auguste Viktoria Als die Nachricht auch hier in Lübeck eintraf, setzten viele öffentliche und Privatgebäude die Flaggen halbstock. Und am Sonnabend, dem 16. April fand in der Marienkirche eine von Tausenden besuchte ergreifende Trauerfeier für die erlöste Dulderin statt. Die Gedächtnisrede hielt Hauptpastor Denker. Die Kaiserin hatte einst an ihrem Hochzeitstage das Lied sich singen lassen: Jesu geh voran. Die zweite Strophe lautet:

Sollt's uns hart ergeh'n,
Laß uns feste steh'n
Und auch in den schwersten Tagen
Niemals über Lasten klagen.
Denn durch Trübsal hier
Geht der Weg zu dir.

Wer das Leben dieser deutschen Frau überblickte, der sah nur treue Aufopferung. Wo Not zu lindern war, da half sie stets. Klaglos war sie auch ihrem Lebenskameraden in die Verbannung gefolgt. Nun durfte sie in die Heimat zurückkehren. Rein steht das Bild dieser edlen Frau im Andenken ihres Volkes.

* * *

Die Teuerung stieg inzwischen weiter und weiter. Der Haushaltsplan für 1921=22 schloß anschlagsmäßig mit einem Fehlbetrage von 22 Millionen. Lübeck sah sich gezwungen, eine neue Anleihe von 50—70 Millionen Mark zu beschließen. Am 10. August kostete ein Roggenbrot 6.50 Mark, ein Weizenbrot 7.30 Mark.

Am 1. September 1921 wurde in Lübeck die

Nordische Woche

veranstaltet. Viele namhafte Vertreter des skandinavischen Nordens weilten in Lübeck. In diesen Tagen sollte sich zum ersten Male zeigen, wie weit durch die Tätigkeit Dr. Lebers in Lübeck bereits die Massen radikalisiert waren. Lübeck hatte aus Anlaß der Nordischen Woche reichen Flaggenschmuck angelegt. Die alten Reichsfarben dominierten wie immer. Die aufgehetzte Arbeiterschaft verlangte hier plötzlich, daß sofort alle diese Fahnen einzuziehen seien, widrigenfalls ohne Rücksicht auf die anwesenden Gäste in den Generalstreik getreten werden würde. Das Polizeiamt ersuchte deshalb die Bürger, die Flaggen einzuziehen, was auch in den weitaus meisten Fällen geschah, da Lübecks Bürgerschaft die Nordische Woche unter allen Umständen von Unruhen frei halten wollte. Den Sozialdemokraten schwoll nun der Kamm. Sie forderten vom Senat, daß er überhaupt das Flaggen der schwarz=weiß=roten Fahne verbieten sollte, eine Forderung, die der Senat ablehnte, ablehnen mußte, da schließlich die Reichsverfassung auch für den Senat noch bindend war. Damit gaben sich auch die Betriebsräte zufrieden.

Vom Hochofenwerk und den Flenderwerken war aber schon die Arbeiterschaft zu einem Demonstrationszuge nach Lübeck abmarschiert. Bei der Wikingreederei an der Untertrave wurde eine Fahne mit Gewalt heruntergerissen. Dr. Leber leistete sich in Travemünde ein tolles Stück. Dort fand im Beisein der prominentesten Gäste aus dem Norden ein Festabend statt. Dabei wurden von der Kapelle die Nationalhymnen der Nordischen Staaten gespielt. Als dann zum Schluß das Deutschlandlied gespielt wurde, protestierte Dr. Leber laut dagegen und verursachte einen Skandal, der namentlich auch bei den nordischen Gästen tiefste Empörung hervorrief. Wahrscheinlich hätte Dr. Leber nicht protestiert, wenn man die Marseillaise gespielt hätte.

Mit der Nordischen Woche war auch zum ersten Male eine deutsch=nordische Pressekonferenz verbunden. Deswegen waren besonders viele Pressevertreter Zeugen des Verhaltens von Dr. Leber. Damals ging sein Name zum ersten Male durch die skandinavische Presse, aber wie dies geschah, damit konnte Dr. Leber nicht prunken.

Am 13. November 1921 war wieder

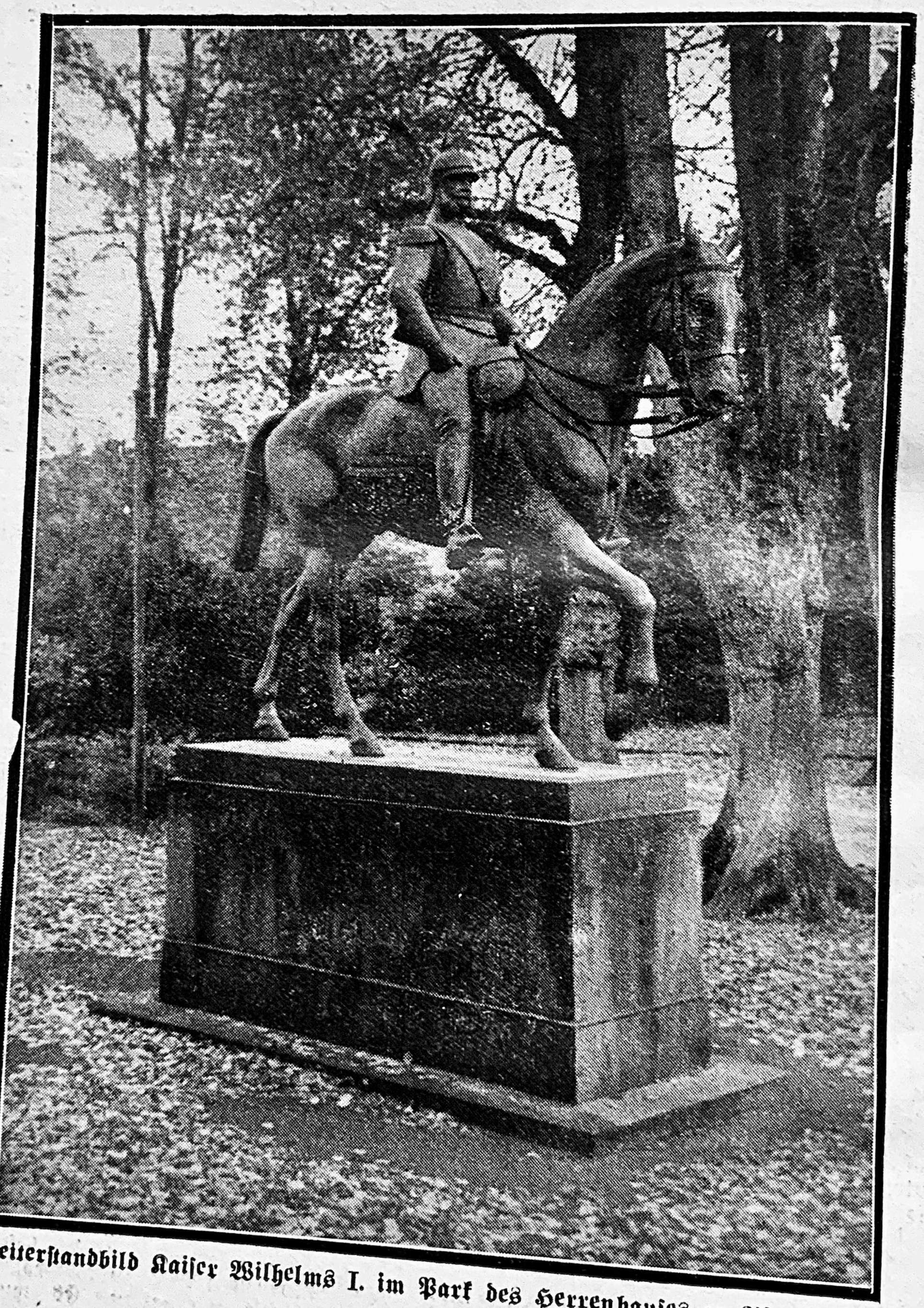
Bürgerschaftswahl.

Hierfür waren fünf Wahllisten aufgestellt worden. Der Spartakusbund war verschwunden und dafür erscheint zum ersten Male die Kommunistische Partei. Die bürgerlichen politischen Parteien hatten sich auf einen Wahlvorschlag geeinigt. Daneben erschienen noch die Grundbesitzer und der Bürgerbund. Von insgesamt 64 007 Stimmen entfielen auf die Sozialdemokraten 31 068 Stimmen. Die Mehrheit, von der sie geträumt hatten, war also verschwunden. Zur Linken zählten weiter die 4317 kommunistischen Stimmen, mit denen aber auch die Sozialdemokratie praktisch nicht arbeiten konnte. Die Grundbesitzer brachten es auf 5076 Stimmen, die vereinigten politischen Parteien auf 19 794 und der Bürgerbund auf 3577 Stimmen. Die 80 Mandate verteilten sich wie folgt: Sozialdemokraten 39, Kommunisten 6, die vereinigten bürgerlichen Parteien 25, die Grundeigentümer 6 und der Bürgerbund 4.

In der Sitzung der alten Bürgerschaft am Tage nach der Wahl beschäftigte man sich mit dem

Schicksal des Tuaillonschen Kaiser=Wilhelm I.=Standbildes.

Der Grundstein zu diesem Denkmal war bekanntlich schon am 22. März 1897 auf dem Marktplatze gelegt worden. Jahrzehntelang hatte man sich um die Platzfrage gestritten. Von dem Gedanken, es auf dem Marktplatze dicht vor dem Renaissanceebau aufzustellen, war man glücklicherweise abgekommen, nachdem ein großes Tonmodell, das dort probeweise aufgestellt worden war, die Unzweckmäßigkeit dieses Platzes erwiesen hatte. Jede Vorstadt hatte einen Anspruch auf dieses Denkmal angemeldet. Schließlich hatte ein Preisausschreiben zahlreiche Entwürfe deutscher Künstler gebracht und von diesen war noch vor dem Kriege der Tuaillonsche mit dem 1. Preise ausgezeichnet worden. Geliefert wurde das Denkmal nach dem Kriege. Die Sozialdemokraten wollten das Denkmal zum Einschmelzen verhökern weil sie sich, wie Haut ausführte, in der Welt nicht durch die Aufstellung eines Kaiserdenkmals lächerlich machen wollten. Schließlich wurde ein Beschluß gefaßt, das Denkmal bestmöglich zu veräußern. So sah man wenigstens einen Weg, das Kunstwerk, eines der besten Werke des verstorbenen Bildhauers Prof. Tuaillon, der Nachwelt zu erhalten. Es wurde auch von dem inzwischen verstorbenen Plantagenbesitzer Buchenau erworben, der es im Park des Herrenhauses von Niendorf zur Aufstellung bringen ließ. Dort steht es noch heute.



Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. im Park des Herrenhauses zu Riendorf.

Wir meinen,

daß Lübeck hier eine Ehrenschuld gegen den alten Heldenkaiser abzutragen hat.

Der Rückerwerb dieses Denkmals dürfte kaum große Kosten verursachen. Und ein schöner Platz in Lübeck wird sich für dieses Denkmal leicht finden lassen.

Der Deutschnationale Reimpell gab damals der Hoffnung Ausdruck, daß noch einmal die Zeit kommen werde, da wieder für dieses Denkmal ein Platz in Lübeck zur Verfügung stehen werde und Dr. Wittern prophezeite, daß noch einmal der deutsche Frühling kommen werde, wofür die Linke nur Hohngelächter hatte.

Die Bilderstürmerei Dr. Lebers

Dr. Leber war bei der Neuwahl mit in die Bürgerschaft gewählt worden. Einer seiner ersten Anträge war am 3. Januar 1922, daß die Bürgerschaft beschließen möge 1. Alle in öffentlichen Gebäuden noch vorhandenen Bilder von Angehörigen ehemals regierender Häuser, sowie alle sonstigen monarchischen Bilder, Abzeichen, Flaggen, Inschriften usw. bis zum 15 Januar zu entfernen. (Insbesondere kommen hier alle staatlichen und vom Staate unterstützten Schulen, auch Gerichtsgebäude usw. in Frage.) 2. Der Senat hat bis spätestens den 1. März der Bürgerschaft Vorschläge zu machen für die Einführung von Lehrbüchern, die geeignet sind, die Jugend im republikanischen Geiste zu erziehen. (Für Volks- und höhere Schulen.) 3. Der Senat erwägt sofort Maßregeln, um die an den höheren Schulen überhand nehmende nationalistische und antisemitische Verhetzung rücksichtslos zu unterdrücken. Er teilt seine dahin gehenden Beschlüsse der Bürgerschaft mit, die sich ihre Stellungnahme vorbehält.

Da die Kommunisten sich natürlich für diesen Antrag begeisterten, wurde er trotz des Widerspruches von bürgerlicher Seite her in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 30 Stimmen angenommen. Dieses Abstimmungsergebnis führte dazu, daß der Antrag erst dem Bürgerausschuß zugeleitet werden mußte. Der Bürgerausschuß beschloß, den Antrag Dr. Leber mit der Abänderung, daß die Frist vom 15. Januar bis zum 1. März verlängert wird, dem Senat entgegenzubringen.

Anfang Februar traten wieder einmal die Hochofenarbeiter und die Eisenbahner Mecklenburgs in den Streik. Am 16. Februar stieg der Brotpreis auf 12.60 Mark bzw. 16 Mark. Ein Dollar wurde mit rund 200 Mark notiert. Für das Stadttheater und Orchester wurde ein Zuschuß von 3 103 237 Mark gefordert, aber diese Vorlage ging auf Antrag der Bürgerlichen an einen Ausschuß, um die Lage des Theaters gründlich zu überprüfen. Dieser empfahl aber im März die Senatsvorlage, die dann aber doch wieder abgelehnt wurde, weil angesichts der fortschreitenden Entwertung der Mark die geforderte Summe nicht ausreichen würde. Anfang April brachte der Senat nochmals die Theatervorlage ein und jetzt wurde sie auch angenommen. Man versprach senatsseitig, der wachsenden Geldentwertung durch eine Angleichung der Eintrittspreise zu begegnen.

Um diese Zeit wurde wieder kräftig in Anschlußfragen gearbeitet. So sollte der Landesteil Lübeck und das Fürstentum Ratzeburg anschlußreif gemacht werden. Nennenswerte Erfolge erzielte man aber nicht.

Am 31. März notierte der Dollar 329.42 Mark und dementsprechend waren alle Preise gestiegen. Der Bezugspreis der Zeitung beispielsweise stieg am 1. Mai auf 18 Mark im Monat, während eine Straßenbahnfahrt nach Kücknitz 7 Mark kostete. Immer wieder brachen Streiks aus, um neue Lohnerhöhungen zu erzwingen.

Der kommunistische Hauptschreier Nickel kam in einer Bürgerschaftssitzung Anfang April mit dem Antrage, den Karfreitag, den Himmelfahrtstag und den Bußtag als gesetzliche Feiertage zu streichen und dafür den 9. November, den Tag der Revolte, zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Für den Antrag stimmten aber nur die Kommunisten, so daß er mit Pauken und Trompeten durchrasselte.

Die Antwort des Senats auf die Anträge Dr. Lebers

In einer Bürgerschaftssitzung Anfang Mai erstattete der Senat Bericht über die Bilderstürmerei Dr. Lebers usw. Der Senat hatte sich also an die Frist nicht gehalten. Der Senat teilte mit, daß er den Behörden Abschriften eines Erlasses des Reichsministers des Innern vom 21. März 1922, betr. die Entfernung der Hoheitszeichen des früheren Regimes aus den amtlichen Räumen und von den Gebäuden der Reichsbehörden mit dem Auftrage zugesandt habe, den Erlaß in ihrem Geschäftsbereich entsprechend anzuwenden. (Wenn wir uns recht erinnern, trug die Reichspost damals noch das alte Hoheitszeichen, was dem Scharfblick Dr. Lebers nicht entgangen war.) Auch bezüglich der Herausgabe neuer Schulbücher erreichte Dr. Leber nichts oder nicht viel. Es sollten bei einem Neudruck nur einige Erzählungen und Gedichte, die sich mit Personen der früheren kaiserlichen Familie beschäftigten, in den Lesebüchern noch ausgemerzt werden. Bezüg-

lich der Geschichtsbücher hielt der Senat aber irgend welche Aenderungen nicht für notwendig.

Endlich bestritt der Senat in seiner Erwiderung, daß in den Schulen besondere Fälle von nationalistischer und antisemitischer Verhetzung vorgekommen seien. Zwei Disziplinarverfahren schwebten allerdings. (Gegen Hoffmeister und Sander.) Andererseits erklärten Oberschulbehörde und Senat, daß es Pflicht sei, in den Kindern wahrhaft vaterländischen Geist zu pflegen, deutsche Sitten hochzuhalten und die Heimatliebe nach Kräften zu pflegen.

Dr. Leber zeigte sich über dieses Dekret nichts weniger als erbaut. Er machte wiederholt wütende Zwischenrufe. Weiter aber konnte er auch erfreulicherweise nichts tun. Damals waren die Behörden noch nicht systematisch so mit Sozialdemokraten durchsetzt, wie später, wo sie in allen wichtigen Behörden sich eine ausschlaggebende Position errungen hatten.

Ungefähr um jene Zeit begann auch der Vorstoß der Linken wegen der Selbstverwaltung der Schulen und Schaffung von Elternbeiräten. Den Anlaß hierzu gaben entsprechende Anträge von Schermer.

Kommunisten gelehrige Schüler Dr. Lebers

Am 24. Juni erfolgte die Tötung Rathenaus. Die Folge war, daß hier in Lübeck der Generalstreik zweimal proklamiert wurde. Allerdings dauerten sie jedesmal nur 6 bzw. 5 Stunden.

Zu einem skandalösen Auftritt kam es am 4. Juli in der Bürgerschaft.

Dort stürzten sich die Kommunisten Roß und Rosengarten auf die Büsten von Bismarck und Moltke, Kunstwerke von Prof. Schaper-Berlin, und schleppten sie unter dem Gejohle der Radikalisten aus dem Saale. Rosengart ließ hierbei die Moltkebüste fallen, so daß Stücke des Sockels absplitterten. Man warf die Büsten draußen im Garderobenraum hin. Das war auch eine Folge der Bilderhetzerei von Dr. Leber. Die Büsten wurden später in das Museum gebracht. Jetzt sind sie längst wieder im Bürgerschaftssaale. Hier ist also wieder gutgemacht, was seinerzeit von wüsten Hetzern verschuldet wurde.

Im Juli kam auch ein Streik auf der Ueberlandzentrale, durch den alle großen Industriebetriebe ihre Pforten schließen mußten. Wenige Tage später folgte ein Streik auf dem Hochofenwerk, der sechs Tage währte und zu einer Kündigung der Straßenbahner führte, die schließlich wieder zurückgenommen wurde. Am 18. Juli sollte der Volksbote Lübecker Amtsblatt werden, ein Beschluß, dem sich der Senat aber widersetzte. Es wurde infolgedessen ein Vertrauensausschuß eingesetzt, um die Amtsblattfrage näher zu prüfen.

Die sinkende Mark führte am 9. August zu Brotpreisen von 29.50 Mk. bzw. 32 Mk., welche Preise am 15. September durch 40 bzw. 44 Mk. abgelöst wurden. Butter kostete das Pfund 144 Mk., Schmalz 112 Mk., Zucker 55 Mk. Der Dollar notierte mit 886 Mk. Die billigste Straßenbahnfahrt mußte mit einem Zehnmarkschein bezahlt werden. Am 11. November erreichte man das Tausendfache der Vorkriegspreise.

Am 1. Dezember 1922 endete das Disziplinarverfahren gegen Prof. Dr. Hoffmeister wegen angeblicher antisemitischer Betätigung in der Schule mit der Strafe eines Verweises und 500 Mark Geldstrafe. Der Hauptteil der Anklage war elend zusammengebrochen. Bezeichnend für die Kampfesweise des Volksboten war es, daß der Angeklagte, der sofort bei Mobilmachung eingerückt war und die 7. Kompanie des Regiments 79 führte, wegen eines durch schwere Verwundung herbeigeführten körperlichen Gebrechens von dem Blatte in schmutzigster Weise verhöhnt wurde. Hoffmeister war in den Jahren des Krieges siebenmal verwundet worden, bis ihn dann beim achten Male eine Kugel so schwer traf, daß er nicht mehr felddienstfähig war. Die Kugel konnte aus dem Körper nicht entfernt werden.

Obstruktion aller Bürgerlichen

Die Amtsblattfrage führte schließlich noch zu einem scharfen Konflikt zwischen der vereinigten Linken und den Bürgerlichen. Der Ausschuß, der eingesetzt worden war, hatte es erreicht, daß alle amtlichen Anzeigen in sämtlichen Lübecker Blättern ohne Erhöhung der Kosten für den Staat veröffentlicht werden konnten. Es war dies also eine geradezu ideale Lösung der Amtsblattfrage. Dr. Leber aber brauchte für sein Blatt neue Einnahmen, neue Abonnenten. Also beschloß die Linke, den Vermittlungsantrag des Senats abzulehnen. Der Volksbote sollte allein Amtsblatt sein. Namens aller nichtsozialistischen Fraktionen gab hierauf Klein (Dem.) folgende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratische Fraktion hat durch ihre Abstimmung bewiesen, daß sie bei ihren Beschlüssen sich nicht mehr von sachlichen Gründen leiten läßt, sondern lediglich von ihrem einseitigen parteipoliti-

schen Standpunkte. Dieses Vorgehen ist ein Mißbrauch der parlamentarischen Gewalt durch eine Mehrheit, die früher aus sachlichen Gründen den gegenteiligen Standpunkt eingenommen hat. (Hier rief ein Sozialdemokrat dazwischen: Heute sind andere Zeiten!) Bei dieser Lage ist eine ersprießliche Mitarbeit durch weitere Teilnahme an den Bürgerschaftsverhandlungen nicht zu erwarten. Infolgedessen



zwingt uns die sozialdemokratische Fraktion durch ihre heutige Abstimmung, den Verhandlungen der Bürgerschaft vorläufig fernzubleiben. Die Verantwortung für diese unsere Maßnahme fällt lediglich der sozialdemokratischen Fraktion zu. Weitere Beschlüsse behalten wir uns vor."

Nach dieser Erklärung verließen alle nichtsozialistischen Mitglieder geschlossen den Saal. Die Sozialdemokraten befanden sich jetzt in einer üblen Lage. Die Mehrheit allein hatten sie nicht mehr. Nur zusammen mit den Kommunisten verfügten sie über die Mehrheit. Aus diesem Grunde war man bei den Sozialdemokraten darauf bedacht, irgendwie einen Ausweg zu finden. Der Senat selbst schaltete sich ebenfalls ein, um den Konflikt zu beseitigen. Die Obstruktion der Bürgerlichen währte den ganzen Dezember hindurch. In der Sitzung vom 7. Januar erschienen die bürgerlichen Fraktionen wieder, um aber sofort wieder davonzugehen, als vor der Regelung der Amtsblattfrage einige von den Sozialdemokraten als dringlich bezeichnete Anträge erledigt werden sollten. Man wollte Bauernfängerei treiben, schrieben wir damals! Wie recht wir hatten, zeigte ein Passus in einem Volksbotenartikel, in dem betont wird, daß der von Haut zu Beginn der Sitzung erfolgte Hinweis auf die schwebenden Verhandlungen zwischen den Fraktionen nur die letzte Aufforderung an den Senat gewesen sein sollte, sich auf seine verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten zu besinnen, worunter Dr. Leber eben die bedingungslose Kapitulation vor seinen Forderungen verstand.

Im Januar marschierten die Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet ein.

Im Hinblick auf die Schwere der Zeit wollten die Bürgerlichen den Konflikt im eigenen Hause beseitigt sehen. Der Volksbote sollte Amtsblatt sein, aber dem Senat sollte es überlassen bleiben, Anzeigen, die Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft angehen, auch in einer anderen Zeitung und Bekanntmachungen, die von allgemeinen Interesse sind, in allen Lübecker Tageszeitungen zu veröffentlichen. Am 5. Februar erschienen deshalb die Bürgerlichen wieder zu den Verhandlungen der Bürgerschaft.

Am 10. Februar notierte der Dollar 30 100 Mark. Eine Postkarte im Fernverkehr mußte mit 50 Mk. frankiert werden. Später erholte sich die Mark wieder etwas. Am 21. April wurde die Hafenverbindungsbahn fertiggestellt, die seit der Zeit nur einige wenige Male benutzt worden ist.

Wie wenig damals das Volk in sich einig war, wie Volksgenossen gegen Volksgenossen standen, obwohl der Franzose immer weiter in Deutschland einmarschierte und ein Schreckensurteil nach dem andern gegen gute deutsche Volksgenossen gefällt wurde, zeigten drei Vorkommnisse im Laufe der nächsten Monate mit besonderer Deutlichkeit. Die Haßsaat unter der Lübecker Arbeiterschaft war voll aufgegangen.

Akt I.

Am 27. Mai hielt die

46. Ref.-Division auf dem Burgfelde ihren Appell

ab, der mit einer Totenehrung begann. Lübeck war besonders stark in dem Reserveregiment 215 vertreten, weil als Ersatztruppenteil das in Lübeck liegende Ersatzbataillon des Inf.-Reg. 84 bestimmt war. 2300 Tote zählte dieses Regiment in dem vierjährigen Ringen gegen eine Welt von Feinden. Als man ein Ehrenmal für diese Helden plante, wurde Lübeck als der Ort ausersehen, wo es seinen Standort erhalten sollte. Draußen auf dem Ehrenfriedhof erhebt es sich inmitten des Buchenwaldes. Zur Enthüllungsfeier dieses Ehrenmals waren viele Hunderte der Kameraden herbeigekommen, zum Teil aus weiter Ferne. Auch der alte Divisionskommandeur, damals schon leidend, war gekommen, um im Kreise seiner Kameraden diesen Ehrentag zu feiern. Und was geschah nun in Lübeck unter den Augen der Polizei, die viel zu spät den Befehl zum Eingreifen erhielt? Auf dem Burgfelde, unmittelbar neben der Polizeiwache, in der starke Kräfte lagen und in der der Polizeiherr persönlich anwesend war, überfielen Rotten von Halbstarken die Gäste. Nur dem Umstande, daß sich um den Divisionskommandeur, die Brigadekommandeure, den Regimentsführer und den Divisionspfarrer drei- und vierfache Ringe alter Kameraden bildeten, ist es zu danken, daß diese verdienten Offiziere nicht körperlich mißhandelt wurden. Man wollte ihnen auch ihre Epauletten abreißen.

Auch hier hatte der Volksbote tagelang gehetzt, so daß seine Schriftleitung die Hauptschuld an diesen beschämenden Ereignissen trug. Erst als der Appell rettungslos verloren war, weil die auswärtigen Gäste ihre Frauen und Kinder aus dem Getümmel retten mußten und dann mit diesen davongegangen waren, griff die Polizei energisch ein und räumte nun im Handumdrehen den Platz von dem Gesindel. Es war zum Teil bewaffnet gewesen. Ein Mitglied des Jugendkorps lag lange besinnungslos auf dem Platze, weil ihm mit einem Schlagring oder dergleichen ein großes Loch in den Hinterkopf geschlagen war. Andere Teilnehmer wurden mit Gummiknüppeln Stöcken usw. traktiert. Für das energische Vorgehen der Polizei fand der Volksbote dann nur das Urteil, daß sie roh vorgegangen sei. Auf unsere Kritik, daß die Polizei zu spät zum Eingreifen befohlen wurde, sandte uns der Polizeiherr Mehrlein eine Zuschrift, in der er eingangs meinte, man könne überhaupt geteilter Meinung sein, ob eine solche Veranstaltung in dieser Zeit politischer Hochspannung, Teuerung und Arbeitslosigkeit ein Bedürfnis sei. Die Drahtzieher hätten augenscheinlich auch noch andere Zwecke verfolgt als die Toten zu ehren. Selbst Hindenburg griff er in diesem Schreiben an, weil er im Beisein des Prinzen Eitel Friedrich bei der Regimentsfeier des 3. Garderegiments in Potsdam eine Rede gehalten hatte. Im übrigen berief sich der Polizeiherr darauf, daß die Vereine versprochen hätten, selbst für Schutz zu sorgen. Der Selbstschutz des Appells sei aber am Ende marschiert, so daß er nicht eingreifen konnte.

Die Schuld des Polizeiherrn war die, daß er den Kommunisten gestattet hatte, ihren Demonstrationszug auch auf dem Burgfelde enden zu lassen. Deswegen meinte er in seinem Schreiben, daß er nur gleiches Recht für alle übte. Er hätte sich sagen müssen, daß angesichts der Haltung des Volksboten, der noch zwei Tage vor dem Appell in knalliger Ueberschrift die Frage aufwarf: **Arbeiter, wollt Ihr Euch dies noch länger gefallen lassen?**, die Kommunisten mit Wonne die Gelegenheit zu Unruhen ergreifen würden. Erst einen Tag vor dem

Appell schwächte er seine Hetzereien ab, wahrscheinlich unter dem Drucke besonnener Männer seiner Partei. Wir schrieben damals von dem Aufputscher Dr. Leber, daß die Kommunisten ihn bald als einen der Ihren reklamieren sollten.

Der Landeskriegerverband hatte jedenfalls recht, wenn er in einem Protest an den Senat davon sprach, daß durch dieses Vorkommnis wieder einmal der Name Lübeck in ganz Deutschland geschändet worden sei. Im übrigen ging aus dieser Erwiderung des Landeskriegerverbandes auch ganz eindeutig hervor, daß niemand von einem Selbstschutz gesprochen hatte. Der Polizeiherr hatte mit Absicht die Polizei so lange zurückgehalten, bis der nach seiner Meinung unnötige Appell nicht mehr abgehalten werden konnte. Dr. Leber lehnte natürlich jede Mitschuld an dem Vorgehen der Kommunisten ab. Das tat er immer, wenn diese Burschen die Konsequenzen aus seinen Schreibereien gezogen hatten.

Daß das Schreiben des Polizeiherrn an unsere Zeitung nur leere Ausflüchte enthielt, wurde durch den alten Kommandeur der 46. Reserve-Division noch bewiesen, der die Vereinbarungen zwischen dem Polizeiherrn und dem Festausschuß näher darlegte, wonach keine politischen Reden gehalten werden sollten, daß nur höhere Offiziere in Uniform erscheinen sollten und kein Parademarsch durchgeführt würde. Diese Versprechen seien streng eingehalten worden. Weiter sollte aber auch die Schutzpolizei in der St. Gertrudwache verstärkt und für etwaige Zusammenstöße bereitgehalten werden. Am 19. Juni wurde dann in der Bürgerschaft noch eingehend zu dem Appell Stellung genommen. Hierbei erdreistete sich der Kommunist Roß mit Bezug auf die alten Frontsoldaten von Gelichter zu sprechen. Merkwürdig war, daß sich der Polizeiherr auf eine Billigung seiner Maßnahmen durch den Senat berufen konnte, ohne daß er darin sofort richtiggestellt wurde.

Die unglaublichen Vorkommnisse bei dem Divisionsappell

hatten zur Folge, daß der Offiziersverein der 162er und die Kameradschaft der 76er und 162er die für den 29. Juli 1923 geplante Einweihung des Ehrenmals für die 162er auf bessere Tage verschoben. Man wollte sich durch die Kommunisten nicht noch einmal eine Gedächtnisfeier für die gefallenen Helden stören lassen. Es mag hier gleich hinzugefügt werden, daß das eindrucksvolle Ehrenmal am 10. Mai 1925 unter riesiger Beteiligung eingeweiht wurde, ohne daß es die Kommunisten nun noch wagen durften,



hier als Störenfriede aufzutreten. Die Weiherede hielt damals der Feldprediger der 17. Reservedivision, Pastor Zinzow-Eutin.

Die Teilnehmer an diesem erhebenden Akte waren zum Teil aus weiter Ferne nach Lübeck gekommen. An die Kameraden richtete im Garten des Hindenburghauses auch Bürgermeister Dr. Neumann eine Ansprache, in der er dem Landeskriegerverband dankte für den Ankauf dieses Hauses zur Förderung des deutschen Kriegervereinswesens.

2. Akt.

Die Schwartauer Schlacht gegen Kinder

Die Vorgänge bei dem Divisionsappell aber waren nur ein Kinderspiel gegenüber den Vorgängen, die sich am 1. Juli in Schwartau ereigneten. Hieran waren nicht etwa Halbstarke und Kommunisten beteiligt, sondern organisierte Arbeiter, jene Leute, die in den Jahren vor der Hetze Dr. Lebers die Polizei unterstützten, um wieder Ordnung in den Straßen zu schaffen. Diese Arbeiter fielen in zehnfacher Uebermacht mit nägelbeschlagenen Latten, Knüppeln usw. über Kinder her, um sie halbtot zu schlagen. Szenen geradezu viehischer Roheit wurden uns damals von Augenzeugen mitgeteilt. Oft war es nur dem Eingreifen von Schwartauer Einwohner zu danken, daß nicht ein Kind am Ende völlig totgeschlagen wurde. Die Empörung über dieses Treiben war in Schwartau derartig groß, daß von da ab alle Kundgebungen für einen Anschluß an Lübeck von vornherein der Lächerlichkeit verfielen.

Am 1. Juli feierte die Bismarck-Jugend in Schwartau unter Teilnahme vieler Gäste von auswärts ihre Fahnenweihe. Dr. Leber hatte dafür gesorgt, daß Lübecker Genossen zu Hunderten nach Schwartau zogen. Er selbst war als der Feldherr, später hieß es als Berichterstatter, natürlich auch zugegen. Vereinzelte Schwartauer Genossen und die Lübecker sammelten sich zu einer Gegendemonstration. Als der Zug der Bismarck-Jugend abbog, um nicht mit dem Arbeiterzuge zusammenzukommen, eilten dessen Teilnehmer im Laufschritt durch die Elisabethstraße, um doch der Jugend den Weg abzuschneiden. Als der Führer der Jugend das Manöver der Gegner sah, kommandierte er sofort kehrt, um die Jugend zurückzuführen. Inzwischen waren aber die Sozialdemokraten herangekommen. Die Trommler und Pfeifer spielten die Marseillaise, worauf die Jungbismärcker den Fridericus-Marsch spielten. Nun gab es für die Sozis kein Halten mehr. Mit losgerissenen Zaunlatten, abgebrochenen Baumästen usw. fiel man über die Kinder her, schlug etliche zu Boden und verfolgte die nach vergeblichem Versuch der Gegenwehr nun Fliehenden durch den Wald und die Straßen des Ortes. Hierbei wurde noch mancher Junge zu Boden geschlagen und aufs schwerste mißhandelt. Anwohner nahmen die blutenden Kinder in die Häuser und sorgten für sie. Der Rest der Jungen floh in das Geertzsche Hotel, das Festlokal. Polizeibeamte, die sich den tobenden Sozis entgegenstellten, wurden ebenfalls schwer mißhandelt. Die zügellose Menge umzingelte das Hotel und begann die Fenster einzuschlagen. Rufe, wie: „Schlagt sie tot!“ usw. ertönten. Hier erschien auch, umjubelt von seinen „siegreichen Kämpfern“, Dr. Leber. Er verlangte die Herausgabe der Fahne mit dem Hakenkreuz. Auf die Bitten des Hotelinhabers und seines Personals wurde die Fahne leider herausgegeben. Leber zog nun mit seiner Horde zum Marktplatz, wobei unterwegs noch etliche Radfahrer mißhandelt wurden, nur weil sie das Band des Eisernen Kreuzes trugen. Auf dem Marktplatze wollte man die Fahne nach einer Ansprache von Dr. Leber verbrennen, aber da sie naß war, zerriß man sie. Erst als die Landfriedensbrecher sich auf dem Marsche zum Marktplatze befanden, traf eine Verstärkung der Polizei aus Lübeck auf einem Lastkraftwagen ein. Sie rückte nun wieder ab.

Durch Zeugenaussagen konnte das ganze planmäßige Vorgehen der Horde Dr. Lebers bewiesen werden. Zur Ehre der Schwartauer Arbeiter konnte festgestellt werden, daß diese sich bis auf wenige Ausnahmen nicht an den Ausschreitungen beteiligten, daß sie sogar überfallene Jungens schützten. Bei der Besprechung der Vorgänge im Stadtrat in Bad Schwartau führte der Sozialdemokrat Pätau eine höchst aufreizende Sprache. Er erklärte, daß nicht Dr. Leber die Verantwortung trage, sondern er und sein Genosse Ketelhohn, und daß sie der gerichtlichen Untersuchung in Ruhe entgegensähen. Man habe Militärgewehre in das Hotel Geertz geschafft. Es handelte sich nebenbei gesagt, um zwei alte Gewehre ohne Schloß, die bei einer Theateraufführung gebraucht wurden. Bei einem Zusammenstoß mit der Sipo hätte es, so meinte Pätau, kommen können, daß die Leichen auf Heuwagen hätten weggeschafft werden müssen und daß die ganze Sipo zu Pappmus gedreht worden wäre. Von der eroberten Fahne sprach Pätau als von einer Mörderfahne.

Es dauerte lange, bis diese Tat ihre Sühne finden konnte. Wir wissen ja aus

den Meinenprozeß, wie skrupellos gelogen wurde, um Schuldige zu schützen. Deshalb darf man sich nicht wundern, daß schließlich der Kreis derer, die doch vor Gericht erscheinen mußten, nur gering war. Insgesamt vier Mann von den Hunderten von Schlägern wurden in der Voruntersuchung derart belastet, daß das Hauptverfahren gegen sie eröffnet werden konnte. Das Schwartauer Schöffengericht verurteilte die Arbeiter Stüben und Ahrens und einige Wochen später den Arbeiter Fuhrmann zu je einem Jahre Gefängnis, während der angeklagte Schlosser Ketelhohn wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden mußte. Das Gericht nahm zugunsten der Angeklagten, trotz schwerer Verdachtsgründe, nicht als absolut erwiesen an, daß die Demonstrierenden von Anfang an die Absicht gehabt hatten, über die Jung-Bismärcker herzufallen.

Pätau, der vor dem Schwartauer Stadtrat eine so gewaltige Rede geschwungen hatte und all die übrigen Sozialdemokraten, die vernommen wurden, hatten nur das eine Bestreben, sich und andere als harmlose Lämmer hinzustellen. Pätau wagte es allen Ernstes, die 150 Jung-Bismärcker als diejenigen hinzustellen, die voller Wut über die 1000 Arbeiter hergefallen wären. Man hätte sich also nur seiner Haut gewehrt usw. —

3. Akt.

Neue Unruhen in Lübeck — Ein sonderbarer Kegelklub

Wenige Wochen nach der Schwartauer Schlacht, nämlich am 10. August, gab es wieder einmal in Lübeck Unruhen. Die ganze Situation in Deutschland war durch die kommunistischen Wühlereien kritisch geworden. Man benutzte die Teuerung zu skrupelloser Hetze. Besonders in Hamburg war es schlimm. Es wurden deshalb auch in Lübeck alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Am 9. August, abends, sprach im Gewerkschaftshaus der Sozialdemokrat Stelling. Nach Schluß der Versammlung zogen die Versammlungsteilnehmer in dichten Haufen die Johannisstraße hinauf und veranstalteten vor der. Kanzleiwache Demonstrationen. Die Polizeibeamten wurden ohne Grund beschimpft, worauf sie endlich nach vergeblichen Aufforderungen, die Straße zu räumen. mit dem Säbel vorgingen und den Burschen das Laufen lernten. Aus diesem an und für sich harmlosen Zwischenfall sollten sich noch ungeahnte Folgen ergeben. Am nächsten Morgen verließen Tausende von Arbeitern die Betriebe und zogen unter Nichtachtung der Bannmeile auf den Marktplatz. Man verlangte hier die Aufhebung des Verbotes von Versammlungen unter freiem Himmel, die Beseitigung der Bannmeile und die — Entwaffnung der Polizei. Man verpflichtete sich, selbst für Ordnung zu sorgen. Hierzu hatte man die Vereinigung Republik zur Verfügung. In dieser Vereinigung, die so lange als harmloser Kegelklub geführt worden war, hat man die Vorgängerin des Reichsbanners zu sehen.

Leider gab der Senat in den ersten beiden Punkten nach. Die Entwaffnung der Polizei lehnte er ab. Die Polizei sollte nur für einen Tag unsichtbar gemacht werden.

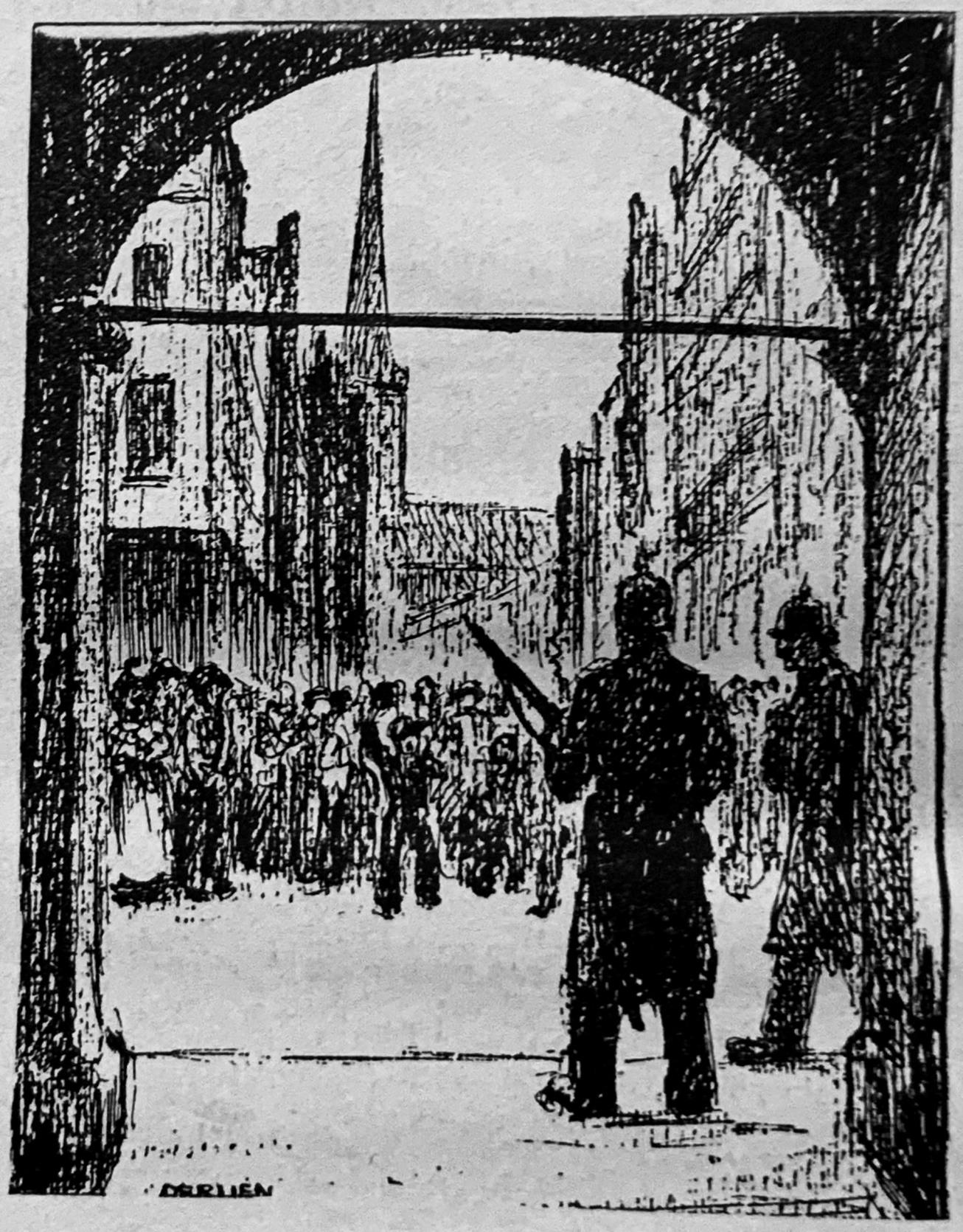
In der Nacht zum 11. August übernahm die Polizei wieder den Ordnungsdienst. Am nächsten Morgen sammelte sich wieder viel Volk vor der Kanzleiwache an. Alle Aufforderungen der Polizei, weiterzugehen, blieben unbeachtet. Kommunistische Hetzer wollten sich der Frauen der Polizeibeamten bemächtigen, um sie vor sich herzutreiben, wenn sie zum Sturme gegen die Polizeibeamten vorgehen würden. Man fand aber die Frauen nicht in den Wohnungen, weil man sie gewarnt hatte. Jeden Augenblick konnte es zu Kämpfen kommen. Zwischen den Unruhestiftern waren viele Neugierige. In der Wache bereitete man sich auf das Aeußerste vor. Die Karabiner wurden scharf geladen. Durch einen unglücklichen Zufall löste sich beim Laden ein Schuß. Die Kugel drang in die Decke. Unmittelbar nach diesem Schuß krepierte mitten in der Menge eine Handgranate, die angeblich aus einem der oberen Fenster der Kanzleiwache geworfen sein sollte. Die Wirkung war schwer. Neun Personen waren verwundet, darunter zwei Frauen schwer, von denen eine nach Tagen starb.

Die Arbeiterschaft trat in den Generalstreik, wobei blutrünstige Erzählungen von Hetzern das übrige taten. So erschien beispielsweise bei der LMG. ein Mann, der weinend erzählte, die Polizei habe ihm soeben sein zweijähriges Kind auf dem Arm erschossen. Die mitleidige Arbeiterschaft sammelte rasch drei Millionen und schenkte sie dem Manne als Beitrag zu den Beerdigungskosten. Der Mann hatte niemals ein Kind gehabt. Die drei Millionen hatte er inzwischen in Sprit umgesetzt.

Wieder sehen wir nun Dr. Leber in Aktion. Er erschien vor der Kanzleiwache und redete hier zu der Menge. Er sprach von Schweinehunden und meinte

damit Polizeibeamte. Die Leute in der Wache mußten von ihren Vorgesetzten zurückgehalten werden, daß sie nicht gegen den Beleidiger sofort vorgingen. Verhandlungen mit dem Senat endeten damit, daß man abermals der Forderung der Arbeiterschaft nachgab und die Polizei ablöste. Sie marschierte in geschlossenem Zuge nach der alten Kaserne, wo sie in des Wortes wahrster Bedeutung eingesperrt wurde. Diesmal ließ man allerdings die Essenträger durch, was man bei der ersten Unsichtbarmachung der Polizei nicht getan hatte. Dagegen durften die Beamten keine Verbindung mit der Familie aufnehmen. Man war vollkommen ohne Nachricht. Die Unruhe der Leute, ihren Zorn, kann man sich vorstellen.

Inzwischen war wieder die Vereinigung Republik auf den Wachen erschienen. Das erste, was man tat, war, sich der Pistolen zu bemächtigen, die auf jeder Wache für den Heimschutz, einer paritätischen Sicherheitstruppe, bereit gelegen hatten. Der Heimschutz wurde seiner Zeit als Ersatz für die durch Ententebeschluß verbotene Einwohnerwehr gebildet. Als drei Heimschutzleute, die nicht der Vereinigung Republik angehörten, auf der Wache erschienen, wurden sie wieder nach Hause geschickt. Der Heimschutz sei aufgelöst, hieß es. Für den öffentlichen Sicherheitsdienst zeichneten verantwortlich Adolf Löwigt, August Haut und Dr. Leber. Wie die Vereinigung Republik sonst auf den Wachen hauste, davon erfuhr man später recht erbauliche Dinge. Auf einzelnen Wachen wurden die Spinde der Mannschaft aufgebrochen und alles, was irgendwie Wert hatte, wurde gestohlen. Die Pistolen wurden auch nicht sämtlich wieder zurückgeliefert.



Die Ansammlungen vor der Kanzleiwache in der Breiten-Straße

Handzettel wurden an die Bevölkerung verteilt, in der diese erfuhr, daß nun die Arbeiterschaft die Verantwortung für Ruhe und Sicherheit übernommen hätte. Die Kommunisten verteilten ebenfalls Flugblätter, in der zum Sturz der bürgerlichen Regierung in Lübeck, zur Schaffung einer Arbeiterwehr und damit Beseitigung der Polizeischmach, zur Entwaffnung der Reichswehr usw. aufgefordert wurde. Die Haft der Polizei endete erst am 14. August morgens gegen 5 Uhr. Vorher hatte der Polizeiherr seine Maßnahmen vor den Leuten verteidigen wollen. Deren Zorn kannte keine Grenzen mehr. Staatsrat Dr. Lange fand aber das richtige

Wort, als er erklärte, daß das, was in Lübeck gespielt worden sei, an Hochverrat grenze. Die Polizeibeamten stellten ein Ultimatum. Würde man sie nicht bald einsetzen, so wollten sie selber die Wachen sich zurückerobern. Die Helden der Vereinigung Republik verschwanden wieder und mit ihnen, wie gesagt, auch manche gute Polizeipistole.

Der Zorn der Polizeibeamten wurde nicht geringer, als sie sahen, in welchem Zustande sich die Wachen befanden und was man aus diesen alles fortgeschleppt hatte. Der Senat erhielt später von Berlin aus noch einen strengen Rüffel dafür, daß er die Polizei ablöste und Arbeitern die Polizeigewalt übertrug. Das dürfe nie mehr vorkommen.

Zum Volksentscheid

Inzwischen holte Dr. Leber zu einem neuen Schlage aus. Er drückte in seiner Partei die ultimativ gestellte Forderung an den Senat durch, die drei leitenden Offiziere von der Kanzleiwache und zwar die Hauptleute Schmidt und v. Thaden und den Polizeiinspektor Hering sofort zu entlassen.

Damit rief Dr. Leber nicht nur den Senat gegen sich auf, sondern auch die Beamtenorganisationen. Was Leber verlangte, war ein glatter Verfassungsbruch, war ein Hinwegsetzen über alle Beamtenrechte. Es trieb nun alles zu einer klaren Entscheidung. In der Bürgerschaftssitzung vom 20. August forderten die Sozialdemokraten eine Umbildung des Senats, da er in seiner heutigen Zusammensetzung nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit der Bürgerschaft genieße. Damals gehörte zur Annahme eines Mißtrauensantrages gegen den Gesamtsenat oder einzelne Mitglieder noch eine Zweidrittelmehrheit, über die die Linke nicht verfügte. Deswegen verlangte man von dem Senat, daß er selbst zurücktrete. Dagegen wandten sich wieder die Demokraten in einer Erklärung. Das Recht von Senatsmitgliedern, selbst zurücktreten zu dürfen unter Aufrechterhaltung ihrer Pensionsansprüche, könnte zu unübersehbaren finanziellen Folgen für Lübeck führen. Eine Umbildung des Senats könne nur auf verfassungsmäßiger Grundlage geschehen, also durch Mißtrauensanträge. So beschloß auch die Bürgerschaft, worauf die Sozialdemokraten den Sitzungssaal verließen.

Jetzt machte der Senat einen Vermittlungsvorschlag. Er erklärte sich mit der Beseitigung der Bestimmung aus der Verfassung bereit, daß zur Annahme eines Mißtrauensantrages gegen den Senat oder einzelne Mitglieder eine Zweidrittelmehrheit gehöre. Der Mißtrauensantrag sollte schon dann angenommen sein, wenn mindestens 41 Stimmen für ihn abgegeben würden. Dafür sollte aber auch beschlossen werden, daß dann, wenn dem Gesamtsenat das Vertrauen entzogen werde oder einem Senatsmitgliede, für das sich der gesamte Senat einsetzte, der Senat einen Volksentscheid darüber herbeiführen könne, ob er selbst zurückzutreten habe oder die Bürgerschaft neu zu wählen sei.

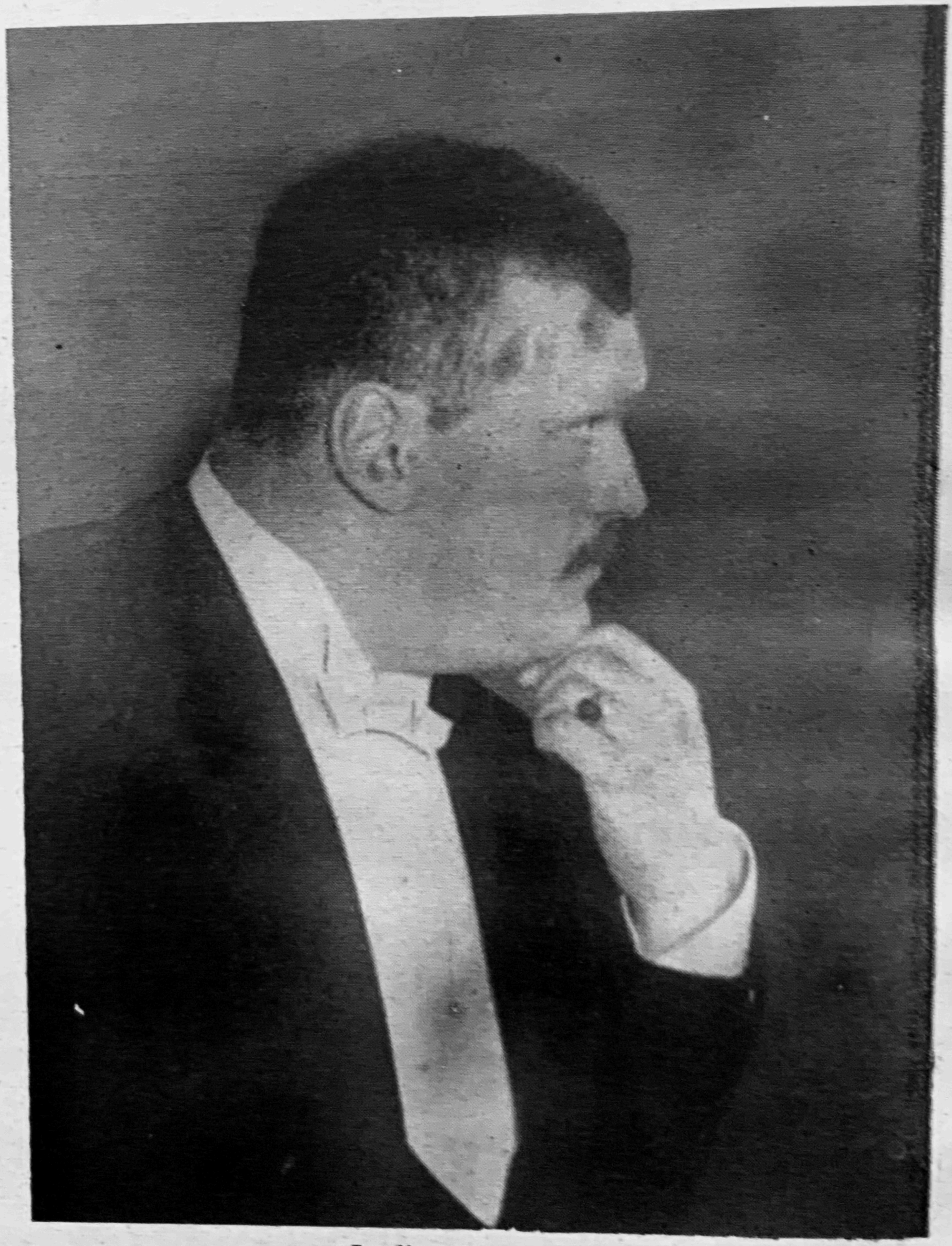
Diesen Vorschlag akzeptierte die Bürgerschaft mit der Abänderung, daß das Wort „gesamte" gestrichen wurde, damit nicht durch einen Außenseiter im Senat ein Volksentscheid unmöglich gemacht werden könne. Man hat in jener Zeit vielfach die Frage aufgeworfen, warum wohl der Senat freiwillig auf seinen besten Schutz gegen Mißtrauensanträge knapper Mehrheiten verzichtete? An der Spitze des Senats stand Dr. Neumann, ein kluger und energischer Mann. In ihm wird man wohl den Hauptbefürworter der Aenderung zu sehen haben. Er wollte eine klare Entscheidung, wollte zum letzten Male an das Volk appellieren, um der roten Herrschaft ein Ende zu bereiten. Er war klug genug, das überaus Günstige der augenblicklichen Situation zu erfassen. Dr. Leber hatte augenscheinlich jeden Maßstab für den wirklichen Grad seines Einflusses in Lübeck verloren. Wenn er in seiner demagogischen Art die Massen aufputschte und dann umjubelt wurde, sah er sich schon als der Alleinherrscher in Lübeck. Daß es immer nur Tausende waren, die er so am Gängelbande führte, kam ihm nicht zum Bewußtsein.

Die Rechnung Dr. Neumanns war richtig, die Dr. Lebers falsch. Daß wenige Jahre später allerdings auch Bürgermeister Dr. Neumann trotz eines glänzenden Sieges über die von ihm selbst gewollte Verfassungsänderung stürzen sollte, war eine jener Unbegreiflichkeiten, die so häufig das Leben der Völker maßgebend bestimmen. Es fanden sich Leute aus Bürgerkreisen, die um Geld bzw. aus Ehrgeiz die bürgerliche Sache preisgaben.

*

Bevor wir uns den folgenden Ereignissen zuwenden, noch einige Nachträge. Am 28. August 1923 wurden auch hier proletarische Hundertschaften der Kommunisten gegründet. Im September war die Mark schon so tief gesunken, daß man mit Milliarden und Billionen zu rechnen begann. In die schlimmste Zeit der Inflation fiel der Tod des Senators Dimpker (13. Oktober).

Am 24. Oktober erfolgte zwischen Ahrensburg und Altrahlstedt ein Anschlag auf die Lübeck-Hamburger Strecke. Eine Rotte von 40 bis 50 Burschen hatte dort die Gleise aufgerissen, so daß es nicht möglich war, per Eisenbahn nach Hamburg zu fahren. Der Schaden wurde bald wieder beseitigt. In Hamburg hatten die Kommunisten zu einem neuen, schweren Schlage ausgeholt. Augenscheinlich sollte es auch in Lübeck und den anderen Städten bis nach Stettin hin losgehen. In Hamburg hatte die Polizei die Warnungen etwas in den Wind geschlagen, so daß es dort den Kommunisten gelang, einige Außenpolizeiwachen zu überrumpeln und zu erobern. Schwere Kämpfe tobten nun



Dr. Neumann

in Hamburg. Hier in Lübeck waren die Polizeiwachen rechtzeitig verstärkt und auch die Reichswehr gewarnt worden, so daß die Kommunisten keine Gelegenheit fanden, Unruhen in größerem Maßstabe anzuzetteln. Die Arbeiter der Metallindustrie usw. traten in den Streik, um die Herausgabe eines wertbeständigen Geldes zu verlangen. Das Versprechen der baldigen Ausgabe eines wertbeständigen lübeckischen Zahlungsmittels wirkte beruhigend.

Ein nie ganz aufgeklärter Vorfall aus diesen Tagen ist noch zu erwähnen. Das Polizeikommando (Eschenbach, Schmidt, Hering und Ditmar) hatte sich in diesen Tagen von einem Schlachter Schabefleisch holen lassen, um es auf der Wache zu essen. Alle Beamten erkrankten nun an Typhus. In dem Fleisch hatten sich Paratyphusbazillen befunden. Sonst war nirgends eine ähnliche Erkrankung gemeldet worden, obwohl doch der Schlachter auch noch an andere Leute solches Schabefleisch verkauft hatte. Es blieb der Verdacht bestehen, daß es sich hier um einen kommunistischen Anschlag gegen das Polizeikommando handelte und zwar mußten die Bazillen auf das Fleisch nach dem Erwerb gebracht worden sein. Ditmar zog sich durch diese Krankheit den Keim zu seinem späteren Tode zu.

Am 25. Oktober kam der Senat mit einer Vorlage, die Zahl der Senatsmitglieder von 14 auf 9 zu vermindern und er regte ferner auch eine weitere Verminderung der Zahl der Bürgerschafts- und Bürgerausschußmitglieder an. Leichte Unruhen am 26. Oktober



½-, 1- und 5-Mark-Goldscheine.

wurden von der Polizei rasch niedergeschlagen. Hierbei wurde auch das Gewerkschaftshaus geräumt, weil aus einem Fenster auf die vorgehenden Beamten ein Stuhl geschleudert worden war. Am 28. Oktober wurde der Beschluß verkündet, daß bei der Commerzbank Geld wertbeständig gespart werden könne. Zu diesem Zwecke wurden Scheine zu ½, 1 und 5 Goldmark herausgegeben. Der Untersuchungsausschuß, der im August von der Bürgerschaft eingesetzt worden war, um das Verhalten der Polizei zu prüfen, arbeitete schon seit Monaten, ohne daß man über seine Arbeiten etwas erfuhr. Der Ausschuß fand eben nichts, was gegen die Beamten gesprochen hätte. Die Ausgabe der Goldmark führte jeden Tag zu langem Schlangenstehen vor der Commerz-

bank. Anfang November wurde das Verlangen der Bürgerlichen, die Vereinigung Republik aufzulösen, abgelehnt. Aus diesem Grunde vereinigte sich das Bürgertum zu einem Schutzbund, der rasch 3000 Mitglieder zählte. Das zeigt, daß es dem Bürgertum damals nicht an Kampfesmut fehlte. Die Sozialdemokraten verlangten seine Auflösung, worauf ihnen erwidert wurde: Nach Ihnen, meine Herren!

Am 12. November, wenige Tage nach dem gescheiterten Vorgehen Hitlers in



Der große Andrang vor der Commerz-Bank bei Einlösung der Inflationsscheine in Goldmark.

München, wurde das Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten gegen den Gesamtsenat angenommen und zwar mit 42 gegen 34 Stimmen. Um dieselbe Zeit wurde durch das Wunder der Rentenmarkt dem Zahlenwahnsinn der Billionen ein Ende bereitet. Ab 19. November kamen wieder die Goldmarkpreise zu Ehren.

Am 18. November aber kam das, was nach der ganzen Entwicklung nicht anders zu erwarten war. Der Senat beantragte den Volksentscheid und setzte ihn auf den 6. Januar 1924 fest. Der Lübecker Volksbote — richtiger Dr. Leber — zeigte deutlich, wie ihn jetzt doch die Angst vor dieser Entscheidung packte. Er versuchte, die Sache von vornherein auf ein falsches Gleis zu schieben. Er schrieb nicht, daß der Senat mit seinem Vorgehen Beamtenrechte schützen wollte, sondern tobte sich, wie wir auch damals schon erklärten, in schwülstigen Phrasen aus. Beispielsweise: „Kein Wort ist scharf genug, um das Elend des Volkes zu brandmarken." „Der Kampf hat begonnen! Es lebe der Kampf!", „Es geht um die Freiheit!" „Es geht um das tägliche Brot!"

Um die Freiheit und um das tägliche Brot ging es ja bekanntlich auch nach den Worten der roten Hetzer bei der Revolte im November 1918. Man fühlte sich damals mit dem Munde stark genug, einen günstigen Frieden zu erringen. Und war doch in die Billionenrechnung gekommen, hatte allen Wohlstand im Volke vernichtet, ein Heer von Arbeitslosen geschaffen und Zehntausende von Verzweifelten in den Freitod getrieben.

Der ganze Monat Dezember ging hin mit der Agitation für den Volksentscheid! Die Sozialdemokraten schlossen Frieden mit den Kommunisten, um sich ihre Stimmen gegen den Senat zu sichern. Dr. Leber überschlug sich in persönlichen Verunglimpfungen seines Hauptgegners Dr. Neumann. Er log das Blaue vom Himmel herunter. Einen Tag vor dem Volksentscheid erfand er eine



Durch Hartgeld längst ersetzt.

so faustdicke Lüge über die Tätigkeit von Dr. Neumann während des Krieges als Zivilgouverneur von Riga, daß selbst sein Parteigenosse Mirow, der auch in Riga weilte, von Dr. Leber in einer öffentlichen Ehrenerklärung scharf abrückte. Zum ersten Male seit 1918 erlebte man in diesem Wahlkampfe wieder ein Aufflammen des Kampfgeistes des gesamten Bürgertums. Eine ganze Reihe wirklicher Massenversammlungen kam zustande. Daß Dr. Leber mit seiner Vereinigung Republik und Hand in Hand mit Kommunisten Versammlungsterror übte, besserte seine Lage nicht.

Auch viele alte Parteigenossen hatte Dr. Leber gegen sich, wobei die skrupellose Art, wie er Stelling um seine aussichtsreiche Aufstellung als Reichstagskandidaten in Lübeck gebracht hatte, viel beitrug. Dr. Leber wollte selbst in den Reichstag.

Tage der Abrechnung

Der 6. Januar 1924 war ein Tag furchtbarster Enttäuschung für Dr. Leber. Der Senat siegte mit überwältigender Mehrheit. Für ihn stimmten 43 447 Wähler und für Dr. Leber 30 195, obwohl er auch alle kommunistischen Stimmen gegen den Senat erhielt. Wir erinnern uns noch deutlich des Sturmes der Begeisterung, der unten auf der Straße emporbrandete, als wir von der Redaktion aus die Schlußziffern mitteilten. Spontan sangen die Massen das Deutschlandlied.

Am 10. Februar erfolgte dann der zweite Schlag: die Neuwahl der Bürgerschaft. Sie brachte das Ende der roten Herrschaft! Lübeck war nicht mehr rot. Dr. Leber legte inzwischen seinen Vorsitz in dem Sozialdemokratischen Verein nieder. Wegen Arbeitsüberlastung, wie es hieß. Es war die Abrechnung seiner eigenen Partei mit ihm. Nur der Erfolg hätte ihm recht gegeben. Der schwere Mißerfolg wurde ihm nicht verziehen. Haut trat an seine Stelle.



Nach dem Volksentscheid-Siege singt die Menge das Deutschland-Lied.

Dr. Neumann veröffentlichte am 20. Januar eine Danksagung, in der es hieß:

„Ich benutze diese Gelegenheit, nochmals zu betonen, daß die Freunde der Ordnung und einer ruhigen Entwicklung Lübecks, wenn anders der beim Volksentscheid errungene Sieg überhaupt einen Sinn haben soll, nun auch in dem uns bevorstehenden heißen Kampfe um die Zusammensetzung der Bürgerschaft die gleiche Kampffront innehalten müssen, wie sie die Nein-Partei (die Frage beim Volksentscheid hieß, ob der Senat zurückzutreten habe. Anmerk. d. Schriftl.) mit so großem Erfolge bei dem Ringen um den Volksentscheid eingenommen hat. Denn Volksentscheid und Bürgerschaftswahl bilden politisch eine Einheit. Die Parole lautet nach wie vor: für unsere in Ruhe und Ordnung wirtschaftlich wiederaufstrebende Vaterstadt Lübeck und gegen alles verantwortungslose Experimentieren radikalen politischen Strebertums! Das Ziel ist die Arbeitsgemeinschaft aller, die guten Willens sind, und eine Zusammenfassung aller Kräfte, die zu gemeinsamer Aufbauarbeit bereit sind. Deshalb handelt es sich nicht um einen Kampf gegen die Lübecker Arbeiterschaft und ihre berechtigten Bestrebungen. Unsere energische Abwehr gilt nur dem unfruchtbaren und niederreißenden Radikalismus, der sich im Kommunismus und zu unserem Bedauern nach der bekannten und offen zugegebenen Frontveränderung unter dem Einfluß von Dr. Leber und Genossen nach wie vor auch in der Lübecker Sozialdemokratie breitmacht.

Unsere Bevölkerung, soweit sie beim Volksentscheid ihr „Nein" in die Wagschale geworfen hat — abgesehen von der Zahl der Nein-Sager aus nur taktischen Gründen — hegt den dringenden Wunsch — das ist mir in zahllosen Aeußerungen entgegengebracht — die Einheit der Nein-Partei nun auch bei den Bürgerschaftswahlen erhalten zu sehen. Sie verlangt daher im wesentlichen die Einheitsliste. In vollem Umfange — davon habe ich mich überzeugt — war dieses Ideal jetzt nicht zu erreichen. Wohl aber ist die Zahl der Listen wesentlich eingeschränkt und damit das Erreichbare tatsächlich erreicht worden. Selbstverständlich wird auch von einer Bekämpfung dieser Gruppen untereinander nicht die Rede sein. Ich selbst, der ich keiner politischen Organisation angehöre und daher auch bei der Beurteilung dieser Dinge völlig unparteiisch nur das Wohl Lübecks im Auge habe, muß anerkennen, daß der Weg, den die an der großen Nein-Partei vom 6. Januar beteiligten Gruppen jetzt gehen, unter den gegebenen Verhältnissen der einzig mögliche und einzig richtige ist."

Sechs Wahllisten wurden am 10. Febr. 1924 den Wählern präsentiert, nämlich eine kommunistische, eine sozialdemokratische, eine Hausbesitzerliste, eine demokratische, eine Liste der Wirtschaftsgemeinschaft und eine **völkische Liste.** Hier treten also zum ersten Male die Völkischen mit einer Liste auf. Sie existierten schon lange in Lübeck. Sie bildeten vorher meist eine Gruppe bei den Deutschnationalen. Schon im Jahre 1920 begannen die ersten Ansätze der Völkischen in Lübeck. Diese völkische Liste wurde im Hause des Fregattenkapitäns Bolandt nach einer eingehenden Besprechung beschlossen.

Die marxistischen Parteien erhielten bei dieser Wahl die zweite Niederlage. Die Sozialdemokraten sanken auf 25 256 Stimmen, während die Kommunisten auf 8896 Stimmen anstiegen. Zusammen hatten also die marxistischen Parteien 34 152 Stimmen. Die Wirtschaftsgemeinschaft brachte es auf 19 500 Stimmen, die Hausbesitzer brachten es auf 7871, die Demokraten auf 6556 und die Völkischen auf 5402. Infolgedessen entfielen auf die Sozialdemokraten 28 und auf die Kommunisten 10 Sitze von insgesamt 80. Die Wirtschaftsgemeinschaft zählte 21 Sitze, die Grundeigentümer 8, die Demokraten 7 und die Völkischen 6.

Was von Bürgermeister Dr. Neumann erstrebt worden war, war also erreicht worden. Allerdings war die Mehrheit der Nichtmarxisten nur eine geringe und leider auch eine sehr zweifelhafte, da die Demokraten die Schlüsselstellung inne hatten und diese Demokraten niemals zu einer wirklich energischen Politik gegen Links zu bringen waren. Ja, in Schulfragen beispielsweise gingen sie häufig mit der Linken.

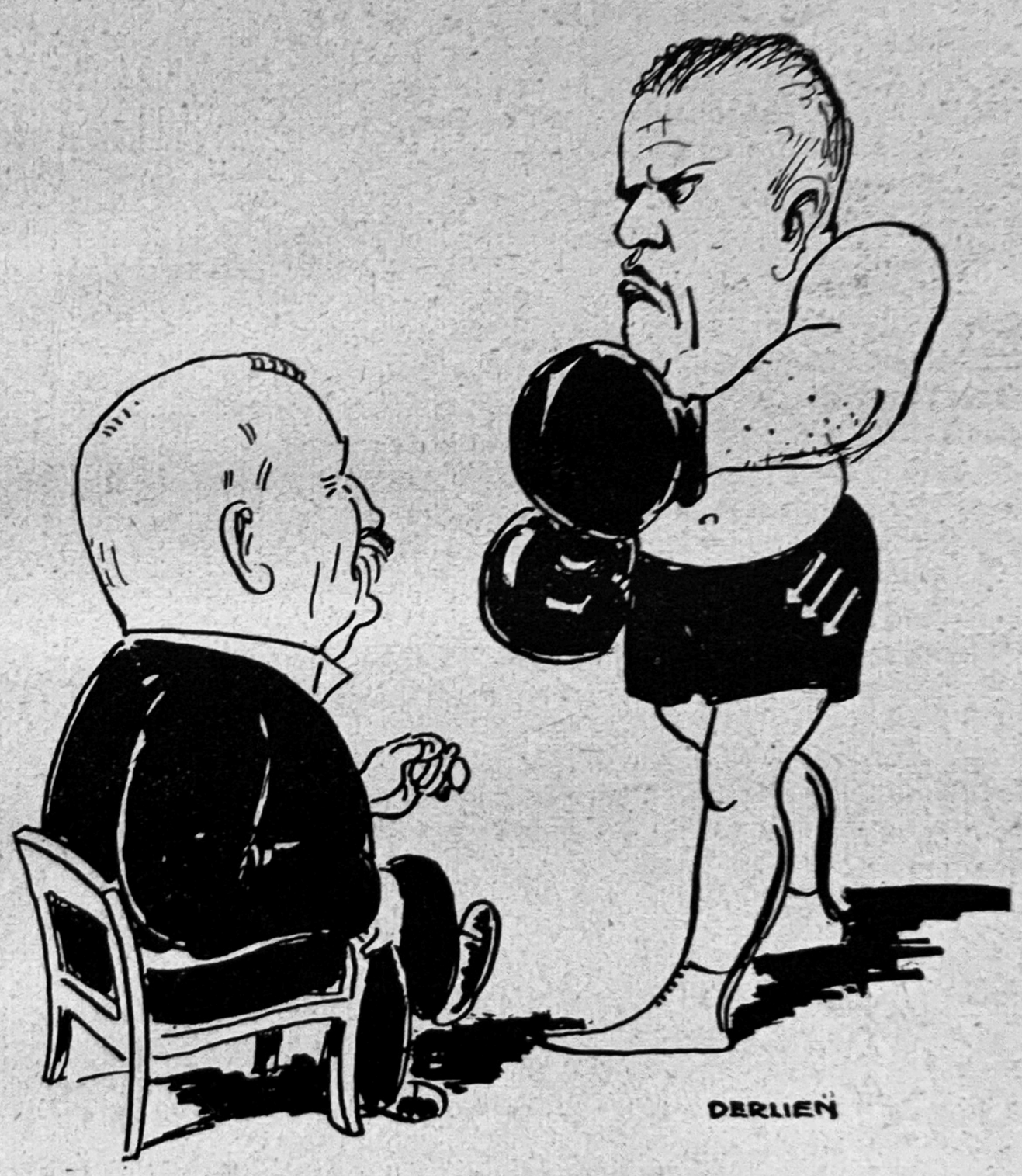
Trotzdem: ein Erfolg war auch diese Wahl und die Wut Dr. Lebers tobte sich wochenlang in giftgeschwollenen Artikeln aus. Etwa um diese Zeit dürfte auch sein Freund Dr. Solmitz in Lübeck aufgetaucht sein, denn Dr. Leber hatte ja das Stelling abgejagte Reichstagsmandat sicher und mußte nun während seiner Abwesenheit von Lübeck einen Vertreter am Volksboten haben. Mit Dr. Solmitz aber kam Lübeck vom Regen unter die Traufe.

Die Finanzlage Lübecks gab schon um diese Zeit zu erheblichen Besorgnissen Anlaß. Ein Ausschuß zur Vereinfachung der Verwaltung arbeitete seit langer Zeit, ohne daß man eine wesentliche finanzielle Entlastung durch seine Arbeit spürte. Allzuviele Genossen drängten zur Staatskrippe. Der Haushaltsplan, der für 1924 vorlag, zeigte im Entwurf schon einen Fehlbetrag von rund 1 Million RM. Bevor er aber verabschiedet werden konnte, war der Fehlbetrag bereits auf 1 255 000 RM. angewachsen.

Infolge der Reichstagsauflösung mußte am 4. Mai erneut zur Wahl geschritten werden. Die Völkischen traten hier bereits außerordentlich aktiv hervor. Redner wie Prof. Dr. Volk, v. Graefe und namentlich Herbert Volk hatten einen riesigen Zulauf. Die Gegner wagten sich nicht in diese Versammlungen, weil die Völkischen einen recht kräftigen Saalschutz hatten. Eine Wahlversammlung der Deutschnationalen wurde dagegen von einem Betrunkenen, dem Kommunisten Frank jr., gesprengt. Bei dieser Reichstagswahl wurden den Wählern schon zwölf Wahllisten angeboten. (Deutschnationale, Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Nationale Freiheitspartei, Deutschvölkische Freiheitspartei, Unabhängige Sozialdemokraten, Zentrum, Haeusserbund, Deutsche Arbeitnehmerpartei, Polnische Volkspartei und Deutsche Volkspartei.) Die Sozialdemokraten nahmen den Kommunisten wieder 2000 Stimmen ab. Sie erhielten 27 550 Stimmen und die Kommunisten nur 5707. Zusammengenommen erlebten die marxistischen Stimmen also wieder einen kleinen Schwund. Die Deutschnationalen erhielten 11 522 und die Deutsche Volkspartei 10 105 Stimmen. Die Demokraten brachten es auf 5876 Stimmen, die Deutschvölkische Freiheitspartei aber auf 8926 und das Zentrum auf 789. Die Nationale Freiheitspartei zählt 371 Stimmen und die übrigen Splittergruppen erhielten noch weniger Stimmen. Es ist bezeichnend für die damalige Wirrköpfigkeit, daß Haeusser noch 240 Gläubige fand. Dr. Leber war zusammen mit Kröger-Rostock in den Reichstag gewählt.

Die Bürgerschaftsverhandlungen wurden immer turbulenter. Die Kommunisten tobten sich in der rüdesten Weise aus und auch die Sozialdemokraten entgleisten immer wieder. In einer Sitzung drohte Dr. Leber Dr. Wittern einen Faustkampf an. Daß unter diesen Umständen die sachliche

Dr. Leber
fordert Dr. Wittern
zu einem Faustkampf
heraus.



Arbeit der Bürgerschaft nur gering war, darf nicht wundernehmen. Stundenlang erörterte man Fragen der großen Politik. Unter denen, die besonders provozierend auftraten, befand sich natürlich auch Dreger. Er wollte sich hier schon für einen Senatssitz in Erinnerung bringen. Rosengart hatte einen lichten Moment, als er von der Bürgerschaft als einem Affentheater sprach. Damals erschien in unserem Blatte als Fortsetzung einer eigenen Kritik ein Artikel von Haase-Lampe „Auf dem Wege zum kommunalpolitischen Chaos". Er schrieb darin u. a.: „Ich kenne die geheime Scham unter den Arbeitersenatoren Lübecks; ich kenne die geheime Scham unter den alten Angestellten und Mitgliedern der sozial-

demokratischen Partei, und ich weiß, daß diese Scham die Zusammenhänge früher oder später zerfressen wird. Ueberall besteht die unausgesprochene Hoffnung, die Führung Leber-Pieth-Weiß einmal in einer Form loszuwerden, die nicht mit einer noch schwereren Schädigung der Lübecker Parteigruppe verbunden ist, als sie schon eintrat. Das Gefühl der Arbeiterschaft für Reinlichkeit und Eindeutigkeit geht ohnehin unbewußt den rechten Weg." Und weiter: „Dieselben Männer, die mir ihre tiefe Besorgnis um die Lübecker Arbeitersache ausdrückten, müssen zur Arbeiterschaft sprechen und handeln. Sie müssen verlangen, daß der jetzige Reichstagsabgeordnete Dr. Leber sein Mandant zugunsten Stelling niederlegt, bevor er die Urteilsfähigkeit der Lübecker Arbeiterschaft in der Reichshauptstadt bloßstellt; sie müssen verlangen, daß er auch in der Lübecker Bürgerschaft im Hintergrunde verschwindet."

Dr. Leber tat nichts dergleichen und auch seine Gegner fürchteten ihn viel zu sehr, um offen gegen ihn aufzutreten. Die Niederlage beim Volksentscheid und bei der Bürgerschaftswahl geriet allmählich ins Vergessen. Dr. Leber hetzte wütender denn je, und so hatte er bald wieder den alten großen Anhang. Haut hatte allerdings noch nicht die Hoffnung aufgegeben, Dr. Leber doch noch zu meistern. Denn in einer Unterredung mit dem Schreiber dieser Erinnerungen war er sehr hoffnungsfreudig. Dr. Leber verfolgte nur den alten Satz: Gebärde dich nur radikal, so fängst du den Sozialistenaal! Aber man werde ihm schon noch das Konzept verderben. Haut aber wurde bald darauf auch Gefolgsmann von Dr. Leber!

*

Durch Entscheidung des Reichsfinanzministers wurde Lübeck in die Lage versetzt, eine Freizone zu schaffen. Als Lübeck im Jahre 1868 den Anschluß an den deutschen Zollverein vollzog, wahrte es sich das Recht, durch Einrichtung eines Freilagers sich alle die Vorteile zu sichern, die mit der Eigenschaft eines Freilagers als eines Lagerplatzes außerhalb der Zollschranken verbunden sind. Als Freihafen ist für später der Vorwerker Industriehafen in Aussicht genommen. Bis dahin dient die sogenannte „Freizone" im inneren Hafen denselben Zwecken.

Die Hoffnungen, die Lübeck an diese Einrichtung knüpfte, nämlich dadurch dem Lübecker Hafen wieder frisches Leben zuzuführen, haben sich leider nicht oder nur in ganz geringem Maße erfüllt.

Auch mit der großzügigen Wirtschaftspropaganda war ein langsames, aber sicheres Abgleiten der Verkehrsziffern nicht zu verhindern. Durch die sogenannten „Friedensverträge" war eben das Wirtschaftssystem der ganzen Welt in Unordnung geraten und führte überall zu Arbeitslosigkeit und Schrumpfung des Verkehrs. Man übersah hierbei allzusehr den Inlandsmarkt. Statt ihn zu stärken, Maßnahmen zu treffen, um erst einmal im eigenen Lande wieder vorwärts zu kommen, ließ man die Dinge laufen und kam so allmählich zu den Millionenziffern der Arbeitslosen, führte Deutschland dem Abgrund immer näher.

Ein verfehltes Experiment mußte unter diesen Umständen auch die Gründung der Lübeck-Linie A.-G. sein, für die der Staat Opfer über Opfer brachte, ohne aber durch die Schiffe dieser Gesellschaft den Verkehr im Lübecker Hafen irgendwie nennenswert heben zu können. Regelmäßige Tourenschiffahrt sollte durch diese Schiffe auf Lübeck betrieben werden, aber schließlich hat man sie auch auf andere Häfen laufen lassen, so daß der ursprüngliche Zweck der Gründung verloren ging. Uebrigens erhoben sich damals schon aus Handels- und Schiffahrtskreisen ernste Bedenken gegen die Gründung einer neuen Reederei unter staatlicher Beteiligung, weil das nur dazu führen könnte, daß die wenigen Reedereien, die ohne staatliche Unterstützung noch Fahrten auf Lübeck aufrecht erhielten, nun diese Fahrten einstellen würden. Lübeck hat jedenfalls die Lübeck-Linien-Gründung noch mit großen Opfern bezahlen müssen. Den Niedergang des Verkehrs konnte auch diese Maßnahme nicht aufhalten.

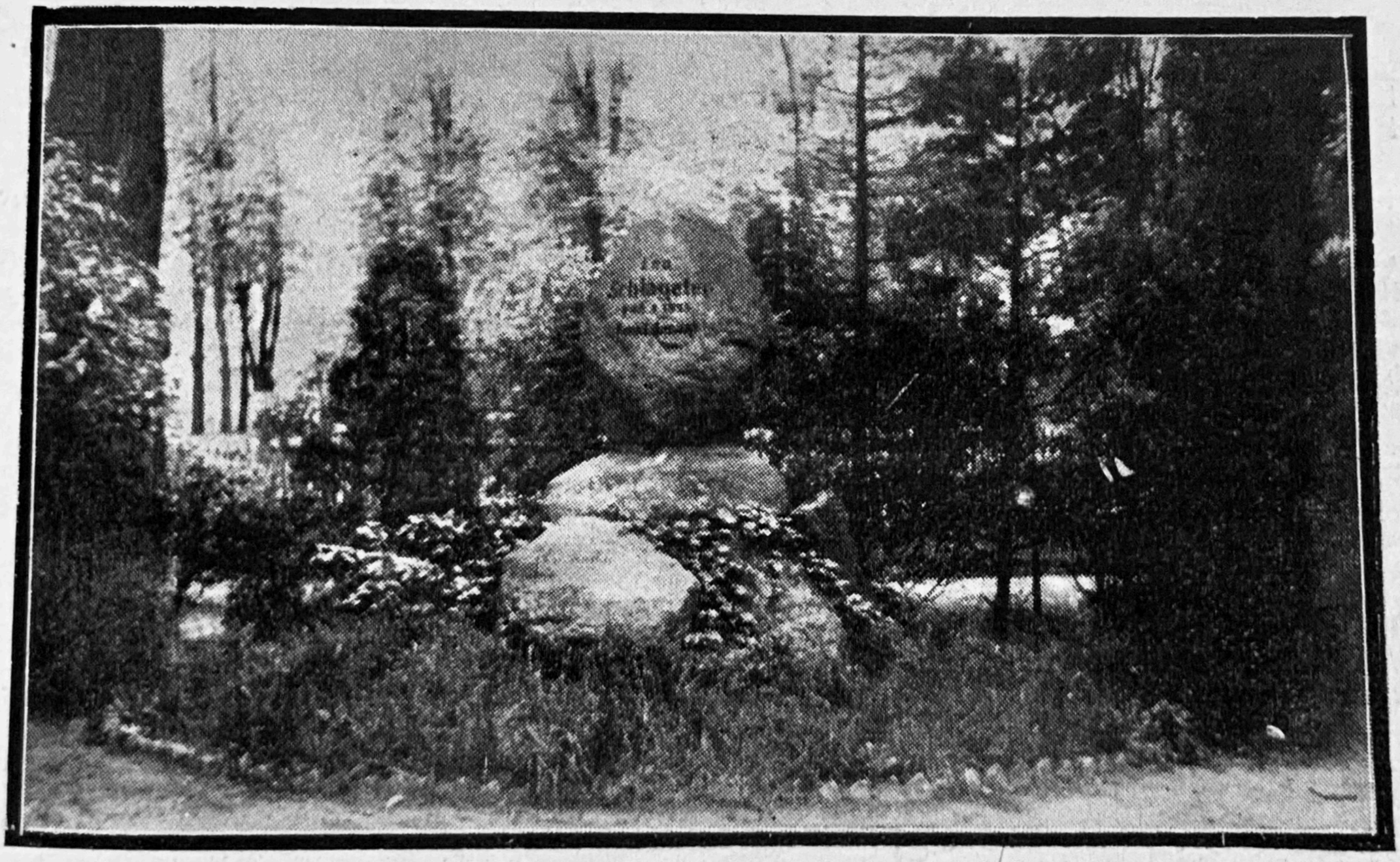
*

Aus Anlaß des Todestages von Schlageter sollte ihm auf dem Ehrenfriedhofe ein Denkstein errichtet werden. Der Plan konnte nicht durchgeführt werden. Dafür fand im Dom eine Gedächtnisfeier für den Helden statt, an der Tausende teilnahmen. Auch der Bürgermeister Dr. Neumann und Senator Dr. Vermehren waren in der Kirche. Daran schloß sich die Weihe einer Fahne der Ortsgruppe Lübeck des Stahlhelms. Im Garten des Hindenburghauses wurde dann ein Denkstein für Schlageter errichtet. Den mächtigen Findling hierfür hatte der Zug II der Kameradschaft Holstentor vom Stahlhelm auf Anregung seines Führers Glasmeier mit Hilfe eines Trekkers aus dem Landgraben beim Steinrader Baum herausgezogen und an seinen Standort transportiert. Alle vaterländischen Verbände nahmen an dieser Denkmalsweihe teil.

*

Im Jahre 1923-24 erfolgte auch die Gründung des Reichsbanners. Die Vereinigung Republik ging ganz in dieser neuen Kampftruppe der Sozialdemokratie auf. Denn das war das Reichsbanner stets, obwohl auch Demokraten und Zentrumsleute darin zu finden waren. Nur die

Leute, die absolut nicht sehen wollten, konnten noch an der Fiktion einer überparteilichen Organisation festhalten. Wir hatten vom Anfang an eine Kampfstellung gegen diese Truppe eingenommen, weil sie unter falscher Flagge segelte und daraus Rechte für sich herleitete, die ihr unter keinen Umständen zugebilligt werden durften. Das Gefährlichste war, daß auch der Polizeiherr in der Leitung dieser sozialdemokratischen Kampftruppe sich befand, so daß bei Uebergriffen des Reichsbanners der Mann, der für Aufrechterhaltung der Ordnung in Lübeck verantwortlich war, gar nicht mehr



Das Schlageter-Denkmal im Garten des Hindenburghauses.

objektiv sich einstellen konnte. Wir erlebten hierfür ja auch noch Beispiele genug, auf die besonders im dritten Abschnitt unserer Zeitgeschichte noch näher einzugehen sein wird.

Sechs Jahre waren inzwischen hingegangen, seit die roten Matrosen die Revolte verursacht hatten. Das deutsche Volk war durch den Leidensweg der Inflation gegangen und hatte die furchtbarste Not erleben müssen, eine Not, wie sie in solchem Ausmaße selbst während des Krieges nicht zu spüren war. 1918 konnten Horden von Menschen aus dem Felde heimkehrende Truppen teilweise entwaffnen und die Arbeiter- und Soldatenräte führten das große Wort. In den Großstädten flammte ab und zu blutiger Aufstand auf und zerschlug vollends die Reste des Volksvermögens. Schon damals ging eine tiefe Sehnsucht durch das deutsche Volk nach einer festen Hand, die wieder Ordnung schaffen konnte. Die Reichswehr war der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Sie hatte sich nicht nur durch ihr verschiedentliches Eingreifen in deutschen Ländern Respekt verschafft, sondern ihr gehörte auch die Liebe aller deutsch denkenden Menschen. Wenn sie durch die Straßen marschierte, dann folgten ihr wie einst unserem stolzen Regiment die Menschen in hellem Haufen und jubelten den Truppen zu. Wir erlebten diese Szenen der Begeisterung auch in Lübeck oft.

*

Wir erwähnten schon in unserer Geschichte einen Senatsantrag, der die Herabsetzung der Senatsmitglieder von 14 auf 9 vorschlug. Trotz der steigenden Not kam man mit dem lächerlichen Kompromißvorschlage, die Zahl der Senatoren, die nach dem Tode von Senator Dimpker nur noch 13 betrug, auf 12 herabzusetzen. Wir wiesen damals auf die ungeheuren Lasten hin, die das deutsche Volk infolge des Dawesabkommens zu tragen hatte und schrieben: „Fühlen wird diese Lasten jeder, er sei Handwerker oder Kaufmann, Industrieller oder Arbeiter, Gelehrter oder Angestellter. Lübecks Wirtschaft, Handel und Schiffahrt kämpfen um ihre Existenz. Wir stehen in einer unerhörten Krisis. Da müssen die Organe, denen die Leitung unserer städtischen Angelegenheiten vertraut ist, das einzige Mittel ergreifen, das

ihnen noch zu Gebote steht, das ist: rücksichtslose Sparsamkeit üben. Alles streichen, was nicht unbedingt erforderlich ist, Zeit und Geld ihrer Bürger nach Stunden und Pfennigen abwägen, um die Steuerlasten zu verringern, daß sich wieder ein geregeltes Wirtschaftsleben entfalten kann, soweit dies unter den erschwerenden Umständen möglich ist. Dies muß die Richtschnur für alle wirtschaftlich denkenden Elemente unserer Stadt, ihr ausschließliches Ziel sein. Für faule Kompromisse und für gänzlich nebensächliche Personenfragen ist jetzt kein Raum. Die Zeit ist bitterernst, und es klingt wie reiner Hohn, die große Sparaktion mit der Verminderung der Senatsmitglieder um eine Person zu beginnen."

Gerade die Linke war immer gegen derartige Sparaktionen. Zu viele Leute drängten von dort nach oben nach gutbezahlten Posten. Wir erinnern hier nur an die erzwungene Wahl von Haut in den Senat in den späteren Jahren.

Die Saalschlacht im Kolosseum

Am 7. Dezember 1924 stand man wieder vor einer neuen Reichstagswahl. In den Wahlversammlungen der Völkischen und der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, übte das Reichsbanner Wahlterror aus. So hatten sich beispielsweise in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei ganz jugendliche Mitglieder des Reichsbanners um das Rednerpult versammelt und störten durch fortwährenden Lärm die Versammlung. Das führte dazu, daß selbst ein kommunistischer Redner es als eine Schande für eine politische Partei bezeichnete, solche augenscheinlich noch nicht wahlmündige Jungens abzuordnen, um gegnerische Versammlungen zu stören. Bei solchen Störungsversuchen in einer Versammlung der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung ging es allerdings dem Reichsbanner übel. Hier hatte v. Graefe gesprochen. Nach der Rede, es war im Kolosseum, verließ das geschlossen anmarschierte Reichsbanner unter Singsang die Versammlung. Die letzten 150 Mann drangen aber plötzlich im Sturmschritt nach vorn, wobei Stühle usw. beiseite geschleudert und Versammlungsteilnehmer zu Boden gerannt wurden. Ein Reichsbannermann schlug mit einem Stuhl nach einem Stahlhelmer und andere fielen über den Saalschutz her. Nun ging dieser in breiter Front vor und suchte die Angreifer zu umfassen. Ein Hagel von Stühlen und Biergläsern prasselte auf die Kämpfenden von anderen Reichsbannermitgliedern nieder. Die Reichsbannerleute flohen und suchten aus dem Saale zu entkommen. An der Tür aber klemmte sich der Haufe ein und hier erhielt noch mancher Reichsbannermann seinen Denkzettel. Die Polizei erschien ebenfalls im Saale und sorgte für die Räumung durch das Reichsbanner.

Dr. Leber war bei dem Vorgehen des Reichsbanners sofort im Brunnensaal nach vorn gelaufen, um den glorreichen Sturm seiner Leute mitzuerleben. Als die Sache anders kam und das Reichsbanner bei seiner ersten „Schlacht" so kläglich Reißaus nahm, geriet Dr. Leber selbst in Bedrängnis. Nur durch den Schutz von Polizeibeamten kam er ohne Prügel aus dem Saale. Er wurde zu einer Seitentür herausgelassen. Inzwischen hatte man draußen das Fehlen von Dr. Leber festgestellt. Reichsbannerleute hatten sich Stuhl- und Tischbeine mit nach draußen genommen, Waffen, die man sich durch Zerbrechen von Stühlen und Tischen beschafft hatte. Die etwa 600 Mann drohten, das Lokal zu stürmen, wenn nicht Dr. Leber herausgegeben würde. Schließlich wurde einigen Leuten gestattet, sich zu überzeugen, daß Dr. Leber nicht mehr im Saale sei. Inzwischen war Dr. Leber draußen bei seinen Leuten wieder angelangt und so zog die Heldenschar schließlich von dannen. Daß das Reichsbanner teilweise bewaffnet war, davon zeugte ein Eisenrohr, das einer der Fliehenden weggeworfen hatte. Einzelne Leute des Saalschutzes waren ebenfalls verwundet.

Die abgezogenen Reichsbannerleute legten sich am heutigen Adolf-Hitler-Platz und in der Mühlenstraße auf die Lauer und fielen hier über einzelne Versammlungsteilnehmer her. Die Polizei war aber immer rasch zur Stelle, so daß einige dieser Wegelagerer verhaftet werden konnten. Obgleich der Zwischenfall im Kolosseum einzig und allein von Reichsbannerleuten herbeigeführt worden war, die augenscheinlich über v. Graefe herfallen wollten, entfachte Dr. Leber im Volksboten eine neue Hetze. Er verschwieg natürlich auch, daß das Reichsbanner bereits 1½ Stunden vor Beginn der Versammlung die Saaltüren aufgebrochen hatte und daß es erst von der Polizei wieder aus dem Saale hinausbugsiert werden mußte. Unter dem Drucke seiner Partei und angesichts der Zwitterstellung, die der Polizeiherr als Mitglied des Reichsbanners einnahm, veranlaßte dieser, daß der Kommandeur der Wache, Hauptmann Machleit, gemaßregelt wurde. Man setzte ihm noch einen älteren Hauptmann in seine Wache. Der Volksbote schrieb damals von der nationalsozialistisch verseuchten St. Jürgen-Wache. Machleit beantragte gegen sich selbst ein Disziplinarverfahren, das mit seiner glänzenden Rechtfertigung endete. Im übri-

gen gab die Saalschlacht noch zu einer Pressebesprechung auf dem Polizeiamte Anlaß, bei der wir ein Bild der Zerstörungsarbeit des Reichsbanners im Kolosseum vorlegen konnten. Unter dem Druck des Beweismaterials versprach Haut, daß das Reichsbanner den Schaden bezahlen wollte. Ein offeneres Eingeständnis der Schuld war nicht denkbar.

Am 2. Dezember 1924 billigte die Bürgerschaft mit 33 gegen 28 Stimmen Mehrder Parteien war durch die Zunahme der Wählerzahl zum Teil bedingt. Die Kommunisten gingen von 5707 weiter auf 4658 zurück und die Demokraten von 5876 auf 5386. Neu trat die Wirtschaftspartei auf, die 4254 Stimmen erhielt. Zweifellos steckten in dieser Ziffer viele einst nationalsozialistische Wähler. Auch die Deutsche Aufwertungspartei erschien neu und erhielt 983 Stimmen. Haeusserbund, Freiwirtschaftsbund und



Die Reichswehr marschiert durch die Breite Straße, umjubelt von Lübecks Bevölkerung.

heitsbeschlüsse eines Ausschusses über das Selbstverwaltungsrecht der Schulen, die nun an den Senat gingen. Hier marschierten die Demokraten mit den Sozialdemokraten, wie sie überhaupt bei allem Herumexperimentieren an unseren Schulen immer mit der Linken gingen.

Die Reichstagswahlen sahen in Lübeck 13 Wahllisten, während im übrigen Deutschland gar bis zu 25 Wahllisten dem Wähler präsentiert wurden. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei erlebte hier einen starken Rückschlag, nämlich von 8926 Stimmen bei der letzten Wahl auf 2959. Die Sozialdemokraten stiegen von 27 750 Stimmen auf 29 924, die Deutschnationalen von 11 522 auf 12 351, das Zentrum von 789 auf 1052, die Volkspartei von 10 105 auf 10 997. Ein Plus Deutsche Aufwertungspartei erhielten nur wenige Stimmen.

Am 18. Dezember 1924 wurden Mitteilungen über den bisherigen Beamtenabbau gemacht. Man hatte den Beamtenkörper um 12 Prozent verringert und weitere 3 Prozent sollten noch folgen. Damit ersparte man bisher 365 000 RM. Auf der anderen Seite wurde durch ein Senatsdekret bekannt, daß der Senat, trotz des Beschlusses der Bürgerschaft, die Stelle des Landesschulrats vorerst nicht zu besetzen, einen neuen Landesschulrat ernannt hatte, weil er des Glaubens war, daß Lübeck ohne Landesschulrat nicht auskommen könne. Das Defizit des Jahres 1924 war inzwischen um weitere 700 000 RM. angewachsen. Alles wurde auf Anleihemittel angewiesen.

Dr. Lebers Kampf hinter den Kulissen

Das Jahr 1925 begann mit einem hartnäckigen Kampfe hinter den Kulissen. Dr. Leber wollte namentlich Senator Friedrich nicht länger im Senat haben, da er ihm seiner Zeit mit in den Arm gefallen war, als er wider alles Recht die sofortige Absetzung

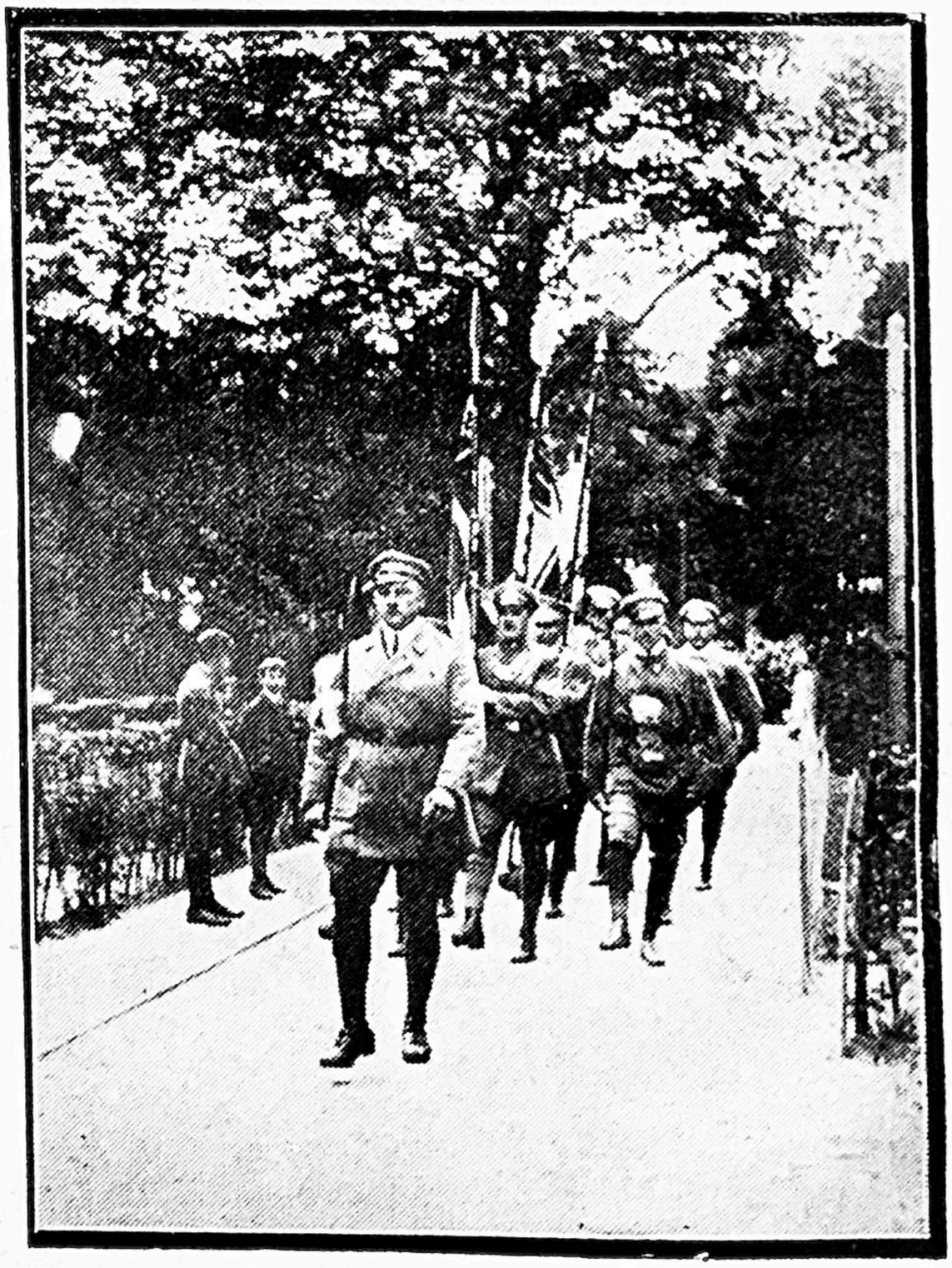


Senator Dr. Kulenkamp.

der Polizeioffiziere gefordert hatte. Er konnte keine Parteigenossen brauchen, die Willkürwirtschaft ablehnten. Und auch Senator Bromme war fällig, da sein Gesundheitszustand sich dauernd verschlechtert hatte. Wir erwähnten schon, daß er als fast arbeitsunfähiger Mann in den Senat gewählt worden war. Vorher war er Gewerkschaftssekretär. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß man ihn nur in den Senat wählte, um etwaige Pensionslasten dem Staate aufbürden zu können. (Was der Linken ja auch glänzend gelingen sollte.)

Also Friedrich und Bromme sollten nun von der Partei preisgegeben werden. Nach den Pensionsbestimmungen hätten beide Anspruch auf ein Ruhegehalt von rund 6000 RM. (ein Drittel des Gehalts) gehabt. Friedrich weigerte sich, freiwillig zurückzutreten. Er stimmte diesem Rücktritt erst zu, als ihm die Partei zusicherte, daß sowohl ihm wie auch Bromme ein erhöhtes Ruhegehalt bewilligt werden würde, nämlich zwei Drittel des Gehalts, also 12 000 RM. Dr. Leber war immer großzügig, wenn es nicht aus seiner eigenen Tasche ging. Vor Mißtrauensanträgen hatte er seit dem Januar 1924 außerdem einen heillosen Respekt. Und schließlich wußte Senator Friedrich auch zu viel aus der Partei, um es ratsam erscheinen zu lassen, den Kampf gegen ihn auf die Spitze zu treiben.

Um der Bürgerschaft diese ganze Sache schmackhaft zu machen, ging damit Hand in Hand die Senatsverkleinerung. Der Senat sollte in Zukunft nur noch aus 7 vollamtlichen und 5 nebenamtlichen, zusammen also aus 12 Mitgliedern bestehen. Zusammen mit Bromme und Friedrich erklärten auch die bürgerlichen vollamtlichen Senatsmitglieder Kulenkamp und Dr. Stooß ihren Rücktritt. Senator Kulenkamp hatte bisher der Oberschulbehörde vorgestanden und Dr. Stooß dem Bauamt. Beide waren alte, um Lübecks Staatswesen verdiente Männer. Der Senat bestand nun noch aus drei vollamtlichen bürgerlichen und drei vollamtlichen sozialdemokratischen Senatsmitgliedern. Hierzu sollte ein vierter bürgerlicher vollamtlicher Senator noch gewählt werden. Dazu kamen fünf nebenamtliche, wobei wieder die Bür-



Fahnenabteilung des Stahlhelms.
Führer Aug. Glasmeier.

gerlichen drei stellten und die Sozialdemokraten 2. Die Bezahlung dieser fünf nebenamtlichen Senatsmitglieder war aber auch noch unterschiedlich. Die drei bisherigen nebenamtlichen, nämlich Henze (der wegen seiner Tätigkeit beim Konsumverein s. Zt. eine vollamtliche Stelle ausgeschlagen hatte) Strack und Evers erhielten ein Gehalt von 12 000 RM. und waren außerdem pensionsberechtigt. Die neu zu wählenden nebenamtlichen Senatsmitglieder sollten dagegen nicht pensionsberechtigt sein und nur ein Gehalt von 4500 RM. beziehen. Man wollte durch solche nebenamtliche Senatsstellen die Möglichkeit haben, ohne Belastung des Etats dem jeweiligen Ausfall einer Wahl Rechnung tragen zu können.

Ende März 1925 fand die

Reichspräsidentenwahl

statt. In Lübeck kamen bei dieser Wahl Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengerechnet wieder auf 50,7 Prozent der Stimmen, wovon mit 32 646 Stimmen für Braun 46,7 Prozent entfielen und mit 2736 für Thälmann 4 Prozent. Hier zeigte sich also ein weiterer starker Rückgang der Kommunisten. Dr. Jarres erhielt 28 873 Stimmen, gleich 41,3 Prozent, Marx 1001 Stimmen, gleich 1,4 Prozent, Dr. Hellpach 3963 Stimmen, gleich 5,7 Prozent, Dr. Held 171 Stimmen und Ludendorff 452 Stimmen.

Es war eine zweite Wahl notwendig. Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei einigten sich auf den Zentrumsmann Marx, während die nationalen Kreise Hindenburg als Kandidaten nominierten. Daneben marschierte als aussichtsloser Zählkandidat der Kommunist Thälmann. Was sich in diesen Tagen namentlich der Volksbote an persönlichen Verunglimpfungen Hindenburgs leistete, das kann auch heute noch beim Lesen dieser Artikel dem Leser die Zornesröte ins Gesicht treiben. Hier übertraf Dr. Solmitz noch seinen Gesinnungsgenossen Dr. Leber erheblich. Man brachte auch mit Vorliebe Stimmen aus dem Auslande, um dem deutschen Volke eine neue Kriegsgefahr durch die Wahl von Hindenburg an die Wand zu malen. Man sah bei einem Siege Hindenburgs schon wieder die ganze Republik in Gefahr und dergleichen. Die Wahlaufrufe für Marx wurden nur schämig unterzeichnet mit Volksblock. Für Hindenburg riefen auf die Deutschnationalen, die Volksparteiler, die Wirtschaftspartei und die Deutschvölkische Freiheitsbewegung.

Die Wahl am 26. April 1925 brachte dem Reichsblock, also für Hindenburg, 35 970 Stimmen. Das bedeutete gegenüber der Wahl am 29. März eine Stimmenzunahme von fast 6500 Stimmen. Der Volksblock (Marx) brachte es nur auf 34 380 Stimmen. Er verlor über 3100 Stimmen. Thälmann erhielt 2801 Stimmen. In ganz Deutschland zog bekanntlich Hindenburg mit über 1 Million Stimmen mehr über Marx hinweg. —

Die Freude in Lübeck war gewaltig. Man wußte, daß der beste Mann zum Reichspräsidenten gewählt worden war.

In unserer Bürgerschaft aber folgten am 27. April noch Senatswahlen. Gewählt wurden als bürgerlicher vollamtlicher Senator Landrichter Niebour und als nebenamtliche Senatoren der Sozialdemokrat Alfred Dreger und der bürgerliche Malermeister Heinsohn. Niebour erfreute sich in Richterkreisen höchsten Ansehens. Er hatte im Weltkriege an der Front gestanden und war hierbei schwer verwundet worden. Ein Kopfschuß brachte ihm fast den Tod. Er lag lange schwer darnieder. Ganz geheilt wurde er nie. Ueber Alfred Dreger sind die Akten längst geschlossen. Seine Tätigkeit öffnete weiten Kreisen der Arbeiterschaft die Augen über das wahre Wesen ihrer Bonzen. Mit Heinsohn zog zum ersten Male ein Vertreter des Handwerks in den Senat.

Der Etat für 1925 schloß wieder mit einem errechneten Fehlbetrage von etwa 1,2 Millionen RM. ab, trotz neuer Steuererhöhungen. Der Fehlbetrag mußte natürlich abermals auf Anleihemittel angewiesen werden.

Wir erwähnten schon, daß gegen den Offizier der Polizei, die im Kolosseum bei der durch das Reichsbanner verursachten Saalschlacht eingriff, auf eigenen Antrag ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. In diesem Prozeß betonte der Verteidiger von Hauptmann Machleit, Rechtsanwalt Ewers, daß es Pflicht des Polizeiherrn Mehrlein gewesen wäre, sich von vornherein in diesem Streit wegen seiner Zugehörigkeit zum Reichsbanner als befangen auszuschalten. Dafür schaltete er aber nur von vornherein als befangen alle die aus, die politisch nicht so denken wie er. Wir knüpften damals an diesen Prozeß noch folgende Betrachtungen: „Passarge hat zugegeben, daß bei einer Feier auf dem Ehrenfriedhofe für das Reichsbanner die Parole zum Besuch der Graefe-Versammlung ausgegeben wurde. Auf dem Ehrenfriedhofe war aber auch Polizeiherr Mehrlein, der den Befehl gehört haben muß. Deswegen mußte er auch wissen, daß die Darstellungen im Volksboten, in denen die Planmäßigkeit der Störung stets bestritten wurde, falsch war. Und er hätte daraus lehrreiche Rückschlüsse hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Darstellung im Volksboten überhaupt ziehen können. Er tat es nicht. Er verfügte, wie es ihm paßte bzw. wie von der politischen Leitung des Volksboten dekretiert wurde. Denn daß es gegen diesen Willen ein Auflehnen nicht gibt, wenn man nicht auf die „Schwarze Liste" der eigenen Partei kommen will, hat ein anderes sozialdemokratisches Senatsmitglied zur

Genüge erfahren. Dieses Senatsmitglied, das jetzt in den Ruhestand gesandt wurde, wollte sich dem Gebote aus der Johannisstraße nicht fügen, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten entscheiden, wollte die bestehenden Gesetze, die Rechte der Beamten, schützen. Er zerschnitt damit das Tischtuch zwischen sich und der Partei, die von Verfassungsrechten nur dann spricht, wenn sie ihr in den Kram passen. Und es ist menschlich begreiflich, daß derartige Spuren schrecken können. Aber traurig ist es um



Einweihung des Hindenburghauses.

ein Staatswesen bestellt, wenn solche Dinge möglich sind. Die Beamten sehen auch bei dem Falle Machleit wieder, wie die Linke Beamtenrechte immer wieder mit Füßen tritt. Machleit ist freigesprochen. Er trat nur mit Energie einer Horde entgegen, die zügellos sich austoben wollte. Er war dazu verpflichtet. Auf der Anklagebank sitzt nun ein anderer und das von ihm gestützte ganze System."

Am 8. Mai 1925 erging von Berlin die Anweisung zum beschleunigten Ausbau der Bäderbahnstrecke bis Haffkrug. Zugleich begannen die Verhandlungen über die Fortführung der Linie bis Neustadt. Am 12. Mai wurde von der Bürgerschaft der Generalbebauungsplan für Kücknitz-Herrenwyk-Siems, der „künftigen Stadt an der Untertrave" angenommen. Die Pläne sahen eine solche Stadt von rund 45 000 Einwohnern vor. Man konnte also trotz der fortschreitenden Not auch noch großzügig sein.

Am Sonntag vorher fand ein Regimentsappell der 162er mit Ehrung für die über 1800 Gefallenen des Regiments statt. Hierbei wurde das große Ehrenmal des Regiments auf dem Ehrenfriedhofe, der betende Krieger, enthüllt. Nachmittags wurde auch das Hindenburghaus als Heim des Landeskriegerverbandes eingeweiht, ein Akt, an dem Tausende von alten Kriegern teilnahmen. Zu Ehren Hindenburgs schloß sich am Montag abend ein Fackelzug an, die größte Veranstaltung der nationalen Kreise Lübecks seit Kriegsende. Große Teile der Bevölkerung nahmen in neu erwachter Hoffnung daran teil. Der Senat sandte an den neuen Reichspräsidenten ein Telegramm, in dem er der Hoffnung Ausdruck gab, daß unter Führung Hindenburgs dem deutschen Vaterlande ein Aufstieg aus tiefster Not und dem deutschen Volke eine auf gegenseitigem Verständnis aller Volksteile beruhende friedliche innere Entwicklung zu werde.

*

Die Not der Zeit hinderte die Bürgerschaft nicht daran, im Juni 1925 sich die

Diäten erheblich zu erhöhen, nämlich auf 600 RM. für auswärtige und 480 RM. für Lübecker Mitglieder pro Jahr. Am 2. Juli war die Bäderbahn bis Haffkrug vollendet. Der erste Zug konnte die Strecke befahren, feierlich begrüßt von den berührten Ortschaften und Bädern. Und am 18. Juli wurde die neue Autobuslinie Kücknitz—Travemünde eingeweiht, der am 14. September die nach Russe folgte.

Lübeck rüstete sich um diese Zeit schon zu seiner

700-Jahrfeier der Reichsfreiheit.

Diese sollte, um das ganze Volk freudigen Anteil daran nehmen zu lassen, unter der neutralen Lübecker Flagge stattfinden. Das paßte Männern wie Dr. Leber nicht. Sie verlangten die Feier unter der offiziellen Reichsfahne und als dies strikt abgelehnt wurde, versagten die Sozialdemokraten ihre Mitwirkung. Sie wollten dadurch die ganze Feier unmöglich machen, eine Rechnung, die sich aber als falsch erwies. Die Lübecker Jubelkugel rettete die Feier. Durch deren Verkauf kamen so große Summen zusammen, daß man auf jeden Staatszuschuß zu der Feier verzichten und trotzdem das geplante großzügige Programm durchführen konnte.

Diese Haltung der Sozialdemokraten bewies aber wieder einmal, daß alle Interessen der Stadt hintenangestellt wurden, wenn Parteifragen auftauchten. In der Bürgerschaftssitzung vom 29. Juli 1925 gab es unter Dr. Lebers geistiger Vaterschaft eine große politische Debatte wegen eines Empfanges von schwedischen Schiffsbesatzungen im Hindenburghause. Man fand es links außerordentlich provozierend, daß diese Schiffsbesatzungen ins Hindenburghaus geführt wurden, wo sie nicht eine einzige Reichsfahne zu sehen bekommen hätten. Hier trat auch Eckholdt hervor, der eine scharfe Rede gegen die, wie er sagte, „sogenannten" vaterländischen Verbände hielt. Dabei war es gerade Eckholdt gewesen, der noch bei dem letzten Kaiserbesuch in Lübeck im Jahre 1913 in dem Verein ehemaliger China- und Afrikakämpfer, dessen zweiter Vorsitzender er war, eine Palastrevolution angezettelt hatte, nur um die Begrüßungsansprache an den Kaiser halten zu können. Er war ja auch inzwischen Mitglied des Reichsbanners geworden. Haut sprach von dem Hindenburghause als einer Monarchistenkneipe. Dr. Leber lief wieder einmal gegen ein Senatsmitglied Sturm und zwar gegen Dr. Vermehren, weil dieser es abgelehnt hatte, durch Polizeimaßnahmen in das Leben der Jugend einzugreifen. Es war da von verbotenen Abzeichen der Schüler und Schülerinnen die Rede gewesen. Das verbotene Abzeichen war das Hakenkreuz. Die Bürgerschaft nahm sozialdemokratische Anträge an, die sich gegen die Abhaltung von Empfängen des Senats im Hindenburghause und gegen das Tragen von Abzeichen der Schüler richteten. Vor der Abstimmung hatten die Rechtsparteien den Saal verlassen. Die Oberschulbehörde lehnte aber ein solches Verbot als überflüssig ab und der Senat schloß sich dieser Stellungnahme an. Ebenso lehnte die Oberschulbehörde es ab, den Schülern das Mitführen ihrer historischen Schulfahnen bei Schulfesten zu verbieten. Hier stimmten die Demokraten gegen den sozialdemokratischen Antrag, dieses Dekret der Oberschulbehörde noch einer Besprechung zu unterziehen, der trotzdem angenommen wurde, weil drei Grundeigentümer in der Sitzung fehlten.

Inzwischen setzten die Sozialdemokraten die Durchsetzung der wichtigsten Behörden mit ihren Leuten fort. So wurde mit den Stimmen der Kommunisten Dr. Pieth in die Oberschulbehörde gewählt, obgleich der Wahlausschuß einen Bürgerlichen vorgeschlagen hatte.

Am 12. Januar 1926 wurde von dem oldenburgischen Kreistage die Weiterführung der Bäderbahn bis Neustadt beschlossen, wofür die Bürgerschaft 75 000 RM. bewilligte. Ebenso wurde der Bau der 700-Jahrhalle beschlossen.

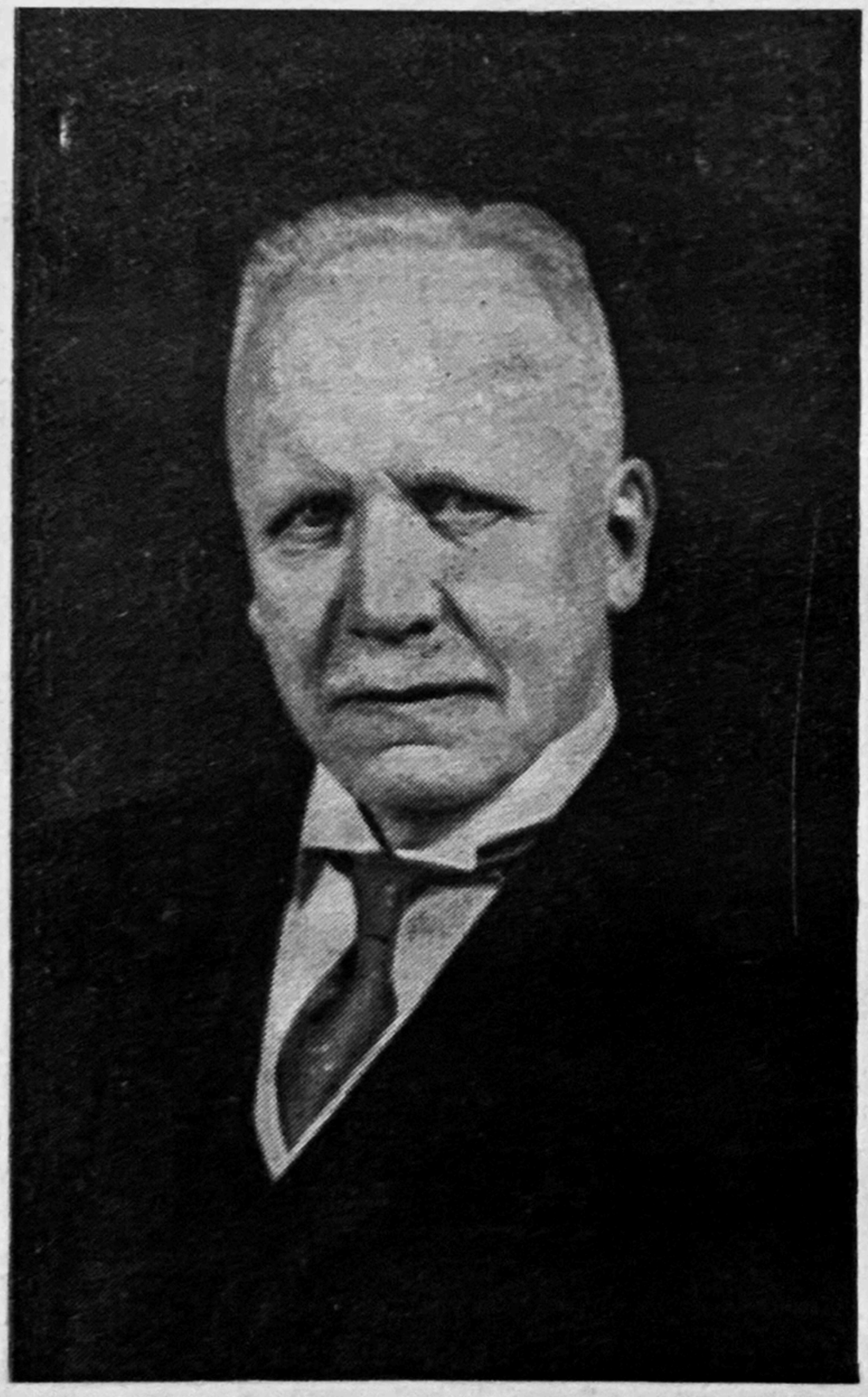
Der Haushaltsplan für 1926 schloß in seinem Entwurf mit einem Fehlbetrage von 1,8 Millionen RM. ab. Am 11. März konnte in der Schwartauer Allee die neue Auktionshalle des Verbandes Schwarzbunte Schleswig-Holsteiner eingeweiht werden.

Am 23. März nahm die Bürgerschaft das Gesetz, betr. **Selbstverwaltung der Schulen** an. Die Sozialdemokraten waren mit ihren Forderungen auf Wahl aller Schulleiter auf Zeit durch das Schulkollegium ständig zurückgegangen. Man beschränkte sich auf die Forderung der Wahl auf Zeit auf die freigewordenen Stellen und gestand weiter zu, daß die Wahl durch einen aus Lehrern, Eltern und Vertretern der Oberschulbehörde zusammengesetzten Wahlausschuß zu erfolgen habe. Wenn die Oberschulbehörde nicht dem Wahlvorschlage beitreten wollte, so sollte der Senat den Schulleiter ernennen. Dieses Gesetz wurde zeitlich auf fünf Jahre befristet.

In ihrer Sitzung vom 26. April lehnte die Linke einen Zuschuß zu der Siebenhundertjahrfeier ab. Es geschah, wie schon erwähnt, weil diese Feier nicht unter der Reichsflagge Schwarz-rot-gold erfolgen sollte.

Der Sturz des Bürgermeisters Dr. Neumann

Wir befinden uns nun vor einem der trübsten Kapitel der Geschichte Lübecks in der Nachkriegszeit, vor dem Kampf um den Bürgermeister Dr. Neumann, mit dem auch der zweite Abschnitt unserer Geschichte schließen soll. Dr. Leber sah die Stunde der Abrechnung mit dem verhaßten starken Gegner und er ließ nicht locker. Sein Haß überschlug sich auch nach dem Sturze dieses um Lübeck hochverdienten Mannes weiter. Mit schmutzigen Händen griff man nach der Ehre dieses Mannes, um dann, als der Tod Dr. Neumann plötzlich hinwegraffte, zu schreiben: Vor dem toten Gegner senken wir in Achtung unseren Degen! Zwei Tage vorher aber hatte man unter den verlogensten Behauptungen noch nach dem Staatsanwalt gerufen.



Senator Dr. Vermehren.

Bedauerlich aber war die Haltung der Bürgerlichen, die erst durch ihre Mithilfe den Sturz ermöglichten, um sich diese Hilfe dann bezahlen zu lassen. Die Demokraten hatten damals in der Oeffentlichkeit den Hamburger Stubmann als Senatskandidaten genannt. Dabei müssen sie doch gewußt haben, daß nach der Verfassung eine Wahl von Stubmann gar nicht in Frage kommen konnte. Die Verfassung bestimmte, daß nur wählbar war, wer mindestens 1 Jahr im lübeckischen Gebiet gewohnt hatte. So war also die Nennung von Stubmann nur ein Manöver, um die wahren Absichten zu verdecken. Der Sturz des Bürgermeisters war zugleich der Beginn des Hinsiechens der Demokratischen Partei in Lübeck; denn als die Wähler später klar sahen, wandten sie sich zum größten Teile von dieser Partei ab, die ein so verwerfliches Geschäft angestrebt hatte. Nicht anders erging es Grundbesitzer-Vertretern, die nach dem Sturz von Dr. Neumann durch ihr Votum erst die Wahl des Demokraten Eckholdt in den Senat und zugleich die Wahl von Dr. Geister ermöglichten. Dadurch, daß diese beiden neuen Senatsmitglieder im Bürgertum fast gar keinen Rückhalt mehr hatten, waren sie der Linken gegenüber wehrlos und mußten so deren Politik mitmachen. Aus dem in der Mehrheit bisher bürgerlich gewesenen Senat wurde also im Juni 1926 ein Senat, in dem Dr. Leber alles durchzusetzen vermochte.

Das Kesseltreiben gegen Dr. Neumann begann wenige Wochen vor der Siebenhundertjahrfeier Lübecks. Dr. Leber hatte bisher vergeblich versucht, diese Feier zu hintertreiben, deren Werbekraft für Lübeck stark war. Nun stürzte er zwei Tage vor der Feier in Dr. Neumann den Repräsentanten Lübecks. Wahrscheinlich hoffte er, damit der Feier selbst einen tödlichen Stoß zu versetzen, um so auch hier zu siegen. Für Dr. Neumann aber sprang Dr. Vermehren ein, der in geradezu vorbildlicher Weise die ihm in letzter Stunde übertragene Aufgabe löste und der Siebenhundertjahrfeier zu ihrem großen Erfolge verhalf.

Die Verhältnisse waren damals in der Bürgerschaft nicht günstig für Dr. Leber. Denn Bürgermeister Dr. Neumann stand eine bürgerliche Mehrheit in der Bürgerschaft zur Verfügung. Die Linke bestand nur aus 28 Sozialdemokraten und 10 Kommunisten. Daß die letzteren den Kampf gegen Dr. Neumann mitmachten, versteht sich am Rande. Sie waren immer dort zu finden, wo es galt, nationale Männer zu beseitigen.

Dr. Leber begann trotzdem diesen Kampf, vertrauend zunächst auf die Mithilfe der Demokraten. Bei Justizrat Dr. Claß, dem Vorsitzenden des einstigen Alldeutschen Verbandes, dem auch Bürgermeister Dr. Neumann früher als tätiges Mitglied angehört hatte, war Haussuchung gehalten worden. Und hier sollte man Beweise für einen geplanten Rechtsputsch gefunden haben. Der Volksbote stützte sich auf den sozialdemokra-

tischen Pressedienst. In knalliger Ueberschrift stand am 13. Mai zu lesen: Ein ungeheures Verbrechen aufgedeckt. Blutiger Rechtsputsch geplant. Bürgermeister Dr. Neumann, Lübeck, zum Diktator ausersehen.

Der Volksbote meldete — immer aus derselben Quelle — daß man einen genauen Plan für die Herbeiführung der Diktatur bei rechtsradikalen Persönlichkeiten und Verbänden gefunden hätte. Danach seien in Aussicht genommen als Reichskanzler Dr. Neumann, als Finanzminister Hugenberg, als Innenminister der Industrielle Dr. Wegener aus Kreuth in Bayern, als Reichswehrminister General Moehl und als Ernährungsdiktator Dr. Freiherr von Löning. In dieser Nummer brachte der Volksbote allerdings auch noch eine Erklärung Dr. Neumanns, wonach er von dem angeblichen Plane nichts wisse und allen Putschgelüsten ablehnend gegenüberstehe. Das Blatt setzt aber dieser Meldung sofort hinzu: Wie sein Name auf die Liste kam, wird also noch schärfster Nachprüfung bedürfen. Ruhig Blut bewahren.

In Lübeck hatte sich außer dem Volksbotenleiter überhaupt niemand aufgeregt. Denn wer Bürgermeister Dr. Neumann kannte, der wußte auch, daß hier Intrigen schlimmster Art am Werke sein mußten. Der Senat entsandte sofort zwei Vertreter nach Berlin, um sich völlige Klarheit zu verschaffen. Inzwischen ging aber im lieblichen Zusammenspiel Vorwärts in Berlin und Volksbote in Lübeck die Hetze weiter, ohne erst das Ergebnis der Prüfung abzuwarten. Wir sprachen damals von Revolverjournalistik auf seiten des Volksboten. Er gab am Himmelfahrtstage sogar ein auf die Hervorrufung von Erregung zugeschnittenes Extrablatt mit der unwahren Ueberschrift: „Teilweises Geständnis des Bürgermeisters Dr. Neumann“ heraus. Dem Vorwärts in Berlin aber wurde aus der Johannisstraße gemeldet: „In der Stadt herrscht außerordentliche Erregung, die sich u. a. in mehrmals täglich erscheinenden Extrablättern äußert. Man ist allgemein überzeugt, daß eine Rückkehr des Bürgermeisters auf seinen Posten ausgeschlossen ist. Zu Unruhen ist es nicht gekommen. Die Arbeiterschaft beweist ausgezeichnete Disziplin.“

Wir schrieben damals: „Mehrmals täglich erscheinende Extrablätter.“ Eins war in den Tagen erschienen. „Rückkehr des Bürgermeisters ausgeschlossen“ — die Wiederholung des Volksbotenwunsches. „Zu Unruhen ist es nicht gekommen“ — hat man die etwa auch noch gewollt? „Die Arbeiterschaft beweist ausgezeichnete Disziplin“ — die Lübecker Arbeiterschaft ist eben viel vernünftiger, als die Leute, die den Hexenkessel zum Kochen brachten.

„Man will“ — so hieß es bei uns weiter — „natürlich etwas mehr. Man will die Revanche für die Niederlage im Volksentscheid von 1924. Man will vorarbeiten für die kommenden Bürgerschaftswahlen. Und man will endlich, das wird sogar in dem Donnerstag-Extrablatt offen angedeutet, den letzten Versuch machen, die Siebenhundertjahrfeier zu sabotieren. In 3 Fällen ein bedrohlicher Versuch, aber ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Wegen der Bürgerschaftswahl verschießt man sein Feuer zu früh. Wir werden uns auch gestatten, dabei rechtzeitig ein Wort mitzureden. Und die 700-Jahrfeier ist an die Person des Lübecker Bürgermeisters überhaupt nicht gebunden. Sie wird veranstaltet von dem unabhängigen Hauptausschuß; sie ist auch so fest verwurzelt in der gesamten öffentlichen Meinung des Reiches und der nordischen Länder, daß jeder Versuch zu ihrer Zerstörung mißlingen muß.“

Was war in Berlin an belastendem Material gefunden worden? Die Abschrift eines Briefes, den Justizrat Claß vor kurzer Zeit an Bürgermeister Dr. Neumann geschrieben hatte. Er war Bürgermeister Dr. Neumann gesandt worden, als er sich in Karlsbad zur Kur aufhielt. Er lautete: „Lieber Freund! Auf Ihr Schreiben vom 18. d. M. (April) teile ich Ihnen mit, daß ich es recht dahin verstanden zu haben glaube, daß Sie im äußersten Notfalle zur Verfügung stehen. Unser Robrakener Freund (Hugenberg. Einschaltung der Schriftleitung) war von dieser Aussicht sehr eingenommen und hat eine derartige Lösung für sehr glücklich erklärt.

Im übrigen gehen unsere Bemühungen, wie ich glaube, erfolgreich weiter und ich wage zu hoffen, daß wir doch ans Ziel kommen, besonders wenn sich gewisse Dinge zuspitzen, wie es doch den Anschein hat. . . .“

Dr. Neumann hatte auf diesen Brief sofort einen neuen an Justizrat Dr. Claß geschrieben, in dem er ihn darauf hinwies, daß er ihn falsch verstanden habe, daß man von seiner Mitwirkung absehen müßte, da er sein Betätigungsfeld in Lübeck habe usw. Dieses Schreiben mußte die politische Polizei in Preußen gefunden haben, aber man hatte es nicht mit veröffentlicht, um eben die Hetze gegen Dr. Neumann führen zu können. Der Volksbote hatte auch einen langen Bericht über die Senatssitzung gebracht und zwar in durchaus entstellter tendenziöser Form. Der Urheber dieses Berichtes war kein anderer als der wundervolle Ehrenmann Alfred Dreger. Er hatte bei seiner Amtseinführung in den Senat, wie alle übrigen feierlich gelobt, über Senatssitzungen Stillschweigen zu üben, geheim zu halten, was geheim zu halten ist usw. Darüber

setzte sich ein Dreger leichten Herzens hinweg. „Was scheren mich alle Verpflichtungen, wenn das Interesse der Partei Reden bedingt," meinte er zur Verteidigung. Er wollte sich durch seine Angeberei offenbar bei Dr. Leber wieder lieb Kind machen, der ihm aus früheren Vorkommnissen nicht über den Weg traute. Vielleicht hoffte er auch, hier Gelegenheit zu haben, aus der schlecht bezahlten Stelle eines nichtamtlichen in die eines gut bezahlten vollamtlichen Senatsmitgliedes zu rutschen. Aufs Großverdienen war ja Dreger immer aus.

Durch diese Bespitzelung fühlten sich alle übrigen Senatsmitglieder außerordentlich beengt. Einer traute dem anderen nicht mehr. Dr. Neumann hatte kein teilweises Geständnis abgelegt, sondern erklärt, daß er die Putschpläne nicht kannte und daß sein Name ohne seine Zustimmung auf die Liste der angeblich geplanten Regierung gesetzt worden sei. Es entsprach auch durchaus staatsmännischer Gepflogenheit, daß Dr. Neumann erklärte, den Vorsitz im Senat erst wieder übernehmen zu wollen, bis die gegen ihn erhobenen Vorwürfe geklärt seien.

Um die Sache gegen Dr. Neumann vorwärtszutreiben, veröffentlichte der Volksbote den Entwurf einer angeblich gefundenen

„Notverfassung"

mit furchtbaren Strafandrohungen. Diese Notverfassung hatte die preußische Polizei aber schon im Jahre 1923 an ganz anderer Stelle beschlagnahmt. Man spielte hier also weiter falsches Spiel, um doch noch zum Ziele zu gelangen. Wann wäre es überhaupt je dem Volksboten auf eine Fälschung mehr oder weniger angekommen, wenn er damit seine Absichten durchzusetzen vermochte?

Der Antwortbrief, den Dr. Neumann an Justizrat Claß geschrieben hatte, war inzwischen gefunden worden. Die politische preußische Polizei hatte ihn bei der Haussuchung liegen lassen. (!) Dieser Brief wurde von uns am 16. Mai veröffentlicht. Er lautete, datiert vom 25. April:

„Lieber Freund! Herzlichen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 23. cr., die ich sogleich noch beantworten muß, weil ich fürchte, daß Sie sonst das suaviter in modo meines ersten Briefes mißverstehen könnten. Ich möchte also bitten, meine zurückhaltende Aeußerung nicht irgendwie nach der positiven Seite zu deuten. Inzwischen habe ich erneut erfahren, daß ich mit meiner jetzigen kleinen Aufgabe oft mehr zu tun habe, als mir lieb ist. Und hier liegt doch die nächste Pflicht. Herzlichst Ihr Ihnen stets getreuer N."

Immer hatte Bürgermeister Dr. Neumann, wie er in einer neuen Erklärung betonte, bei einer Aufforderung zur Uebernahme eines Reichsamtes an ein Angebot auf gesetzlichem Wege gedacht und diese Be-



Alfred Dreger — auch ein Senator.

hauptung wurde auch durch eine eidesstattliche Versicherung des Justizrates Dr. Claß gedeckt. Nichtsdestoweniger tobte der Volksbote unentwegt weiter gegen Dr. Neumann. Die Sozialdemokratie sicherte sich inzwischen die Mitwirkung von Demokraten bei dem Kampfe gegen Dr. Neumann. Man hat diese Mitwirkung sich auf seiten der Demokraten auch bezahlen lassen, bezahlen lassen mit einem Senatsposten.

In der Bürgerschaft begann der Kampf am 17. Mai. Dieser Bürgerschaftssitzung lag ein dringlicher Antrag der Sozialdemokraten vor. Der Senat sollte Auskunft geben: 1. welches Ergebnis die Ermittlungen der Senatskommissare Dr. Vermehren und Löwigt über die Anschuldigungen gegen den Bürgermeister Dr. Neumann hatten, und 2. welche Beschlüsse der Senat in dieser Angelegenheit gefaßt habe? Dieser Antrag

wurde einstimmig angenommen. Im Namen des Senats antwortete sofort Dr. Vermehren. Er bestätigte, daß nur die Abschrift eines Briefes von Claß an Dr. Neumann gefunden worden sei und nahm Bezug auf den inzwischen veröffentlichten Antwortbrief an Claß und auf die eidesstattliche Versicherung von Justizrat Claß, daß Dr. Neumann bei dem Angebot nur an ein Angebot auf gesetzlicher Basis denken konnte. Alle im Amte befindlichen bürgerlichen Mitglieder erklärten, daß sie an dem Verhalten des Bürgermeisters keinen Anstoß nehmen, während die sozialdemokratischen Mitglieder sein Verhalten mißbilligten. Sie waren der Meinung, daß es für den Präsidenten einer Landesregierung unter keinen Umständen zulässig war mit einem Manne wie Claß in Verbindung zu treten, um über die Vergebung von Reichsämtern zu verhandeln, die nach der Verfassung nur durch den Reichspräsidenten erfolgen darf.

Die Aussprache in der Bürgerschaft war stellenweise recht stürmisch. Von Haut wurde hier der Eidbruch eines sozialdemokratischen Senators zugegeben. Der Kommunist Roß verlangte gleich einen Mißtrauensantrag gegen alle bürgerlichen Senatsmitglieder. Der Demokrat Eckholdt sprach im Namen seiner Fraktion für die Annahme eines Mißtrauensantrages gegen Dr. Neumann. Diesen Mißtrauensantrag stellten die Sozialdemokraten am Schlusse der Aussprache. Da nach der Verfassung ein solcher Antrag sieben Tage vor seiner Verhandlung allen Mitgliedern der Bürgerschaft zur Kenntnis gebracht werden muß, so konnte über ihn erst 7 Tage später, also am 26. Mai, verhandelt werden.

In dieser Sitzung sprach besonders eindrucksvoll der Demokrat Dr. Görtz, der sich aufs schärfste gegen die fünf Demokraten Eckholdt, Heinrich, Wandke, Böken und Frl. Richelsen wandte, die für den Mißtrauensantrag stimmen wollten. Dr. Leber machte in dieser Sitzung durch seine fortwährenden, die Erregung steigernden Zwischenrufe eine Unterbrechung der Sitzung notwendig. Bürgermeister Dr. Neumann rechnete in dieser Sitzung mit der Verlogenheit seiner Gegner gründlich ab.

Bürgermeister Dr. Neumann wies in seiner großen Rede vor der Bürgerschaft darauf hin, daß die sogenannte Notverfassung, mit der hier operiert wurde, schon 1923 gefunden worden sei und zwar an ganz anderer Stelle und daß die preußische politische Polizei mit Absicht seinen ablehnenden Brief, nachdem er gelesen worden war, wieder beiseite gelegt habe, um nicht der objektiven Wahrheit zu dienen, sondern einem bestimmten Zwecke. Der Augenblick wird kommen so fuhr er fort, wo ich vor dem Teil meiner Mitbürger, dem an der objektiven Wahrheit gelegen ist, völlig gerechtfertigt dastehe, wo dieser Teil meiner Mitbürger — und nur an seiner Meinung liegt mir — erkennen wird, daß mir Unrecht geschehen ist, bitteres Unrecht, das ich um meine Vaterstadt nicht verdient habe. Will jemand es wagen, von mir zu behaupten, ich gehöre zu jenen, die ihre Gesinnung, ihre Ueberzeugung für das Linsengericht politischen Strebererfolgs zu verkaufen bereit waren? Und dann rechnete er auch mit der unwahren Darstellung der Senatsverhandlungen durch Dreger gründlich ab. Er zeigte dies im einzelnen, indem er die Lügen der Reihe nach aufzählte. Das betreffende Senatsmitglied hat lediglich gehandelt, um im nackten Parteiinteresse vor ruhiger und objektiver Klärung des Sachverhalts die im Augenblick für mich ungünstige Situation auszunutzen. Unter solchen Umständen steht ihm der Entschuldigungsgrund, aus lauterem Beweggrunde gehandelt zu haben, nicht zur Seite und ich sehe mich gezwungen, gegen das in der lübeckischen Geschichte beispiellose Verhalten dieses Senatsmitgliedes vor diesem Hause feierlich Verwahrung einzulegen.

Und prophetisch verkündete der Bürgermeister, daß das Ergebnis der bevorstehenden beiden Senatswahlen (es war inzwischen auch Senator Evers in den Ruhestand getreten und bald darauf gestorben) der Bevölkerung Lübecks die Augen öffnen werde.

In namentlicher Abstimmung wurde schließlich der Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Dr. Neumann mit den Stimmen aller Sozialdemokraten und Kommunisten und der schon erwähnten fünf Demokraten, also mit 43 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag wurden 33 Stimmen abgegeben, da die Hausbesitzervertreter nach und nach den Saal vor der Abstimmung verlassen hatten. Sie beriefen sich darauf, daß eine Vereinsversammlung Stimmenthaltung beschlossen hätte. Die Grundeigentümer waren, nachdem sie Anfang 1924 noch für den von Dr. Neumann geführten Senat eingetreten waren, mit der Politik des Senates in Grundbesitzerfragen in den Jahren 1924 und 1925 unzufrieden gewesen und glaubten, sie müßten dies jetzt durch ihre Stimmenthaltung öffentlich zum Ausdruck bringen. Die zweite Lesung des Mißtrauensantrages sollte auf Antrag der Bürgerlichen erst nach der 700-Jahrfeier stattfinden, aber die Linke und die Demokraten beschlossen, sie am 2. Juni, also einen Tag vor dem Beginn der 700-Jahrfeier, abzuhalten.

Diese entscheidende Sitzung wurde bereits in dem festlich ausgeschmückten Bürgerschaftssaale abgehalten. In dieser Sitzung machte der Senat noch eine wichtige Mitteilung, die der Anklage gegen Dr. Neumann

auch den letzten Boden entzog. Dem Bürgermeister hatte man als schließlich einziges Vergehen zur Last gelegt, daß er mit Justizrat Claß noch persönliche Beziehungen unterhielt. Claß bezeichnete man als den Oberputschisten, der bisher noch in jeden Putsch als Hauptakteur verwickelt gewesen sei. Und man hatte auf den Kapp-Putsch usw. verwiesen. Der Senat war diesen Vorwürfen nachgegangen. Er hatte an das Reichsgericht, das Volksgericht in München und an den Generalstaatsanwalt in Berlin geschrieben. Antwort war inzwischen von dem Oberreichsanwalt eingegangen. Dieser teilte mit, daß in der Klagesache gegen Kapp und Genossen gegen Dr. Claß kein Verfahren eingeleitet worden sei und daß er auch in dem Prozeß gegen Jagow nicht zu den Angeschuldigten gehörte. Aus diesem Grunde habe er auch die Uebersendung von Akten als zwecklos bezeichnet.
Es blieb also nichts gegen Dr. Neumann.

Trotzdem wurde der Mißtrauensantrag mit dem alten Stimmenverhältnis von 43 angenommen. Dagegen wurden 32 Stimmen abgegeben, da die Fraktion der Hausbesitzer (Dr. Geister, Dietrich und Schlosser) wieder sich der Stimme enthielten, Gäde (Fraktion für Grundbesitz und Wirtschaft) mit Entschuldigung und Dr. Siering (Zentrum) ohne Entschuldigung fehlten. Am nächsten Tage trat Bürgermeister Dr. Neumann zurück und den Vorsitz im Senat übernahm der Sozialdemokrat Löwigt. Bürgermeister Dr. Neumann hatte es abgelehnt, nochmals das Volk zur Entscheidung aufzurufen, weil er müde des Kampfes gegen gehässige Angriffe und Verleumdungen war und angesichts der Haltung der Grundeigentümer auch keinen Erfolg sehen konnte. Dr. Neumann hatte 23 Jahre dem Senat angehört und sich durch seine verdienstvolle Tätigkeit den Dank aller einsichtigen Bürger Lübecks erworben.

So fiel ein tiefer Schatten auf die

700-Jahrfeier Lübecks.

Die Stadt hatte sich zu diesem Feste wundervoll geschmückt. Ueberall sah man die lübeckischen Fahnen und Blumen. Alle nordischen Staaten waren durch ihre Gesandten oder Minister vertreten, desgleichen alle übrigen Länder des Reiches bis auf Preußen. Das Reich selbst war durch den Reichsverkehrsminister vertreten. Viele Tausende von Gästen beherbergte Lübeck in diesen Tagen. Gäste aus dem Reiche und dem befreundeten Skandinavien. Es war die größte Veranstaltung, die Lübeck je feierte und ihre Werbekraft für Lübeck war ungeheuer. Für Bürgermeister Dr. Neumann wurde Senator Dr. Vermehren zum Repräsentanten der Stadt. Von tiefem Eindruck war der Festakt im Rathause, war die Gemeinschaftsfeier der Hansestädte in der Katharinenkirche, in der das Geschenk der beiden Schwesterstädte, ein Abguß des Hauptwerkes des alten hanseatischen Meisters Bernt Notke, der St. Jürgen, aufgestellt war. Glänzend war auch der Festzug, der sich damals durch die Stadt bewegte und die stolze Geschichte unserer Stadt versinnbildlichte. Es gab keine deutsche Zeitung, keine nordische Zeitung, die nicht in spaltenlangen Artikeln über diese Lübecker Festtage berichtete. Gleichzeitig fand hier eine deutsch-nordische Pressekonferenz statt, in der wichtige gemeinsame Verkehrsfragen usw. eingehend erörtert wurden. Die Festbeleuchtung Lübecks war wie ein Märchen. Zum ersten Male erstrahlten damals auch die Türme von St. Marien im hellsten Lichte, ein Bild, das sich tief in das Gedächtnis aller Festteilnehmer einprägte. Die Lübecker Bevölkerung nahm begeistert an den festlichen Veranstaltungen teil. Die Hetze des Volksboten gegen dieses Fest schien gerade das Gegenteil bewirkt zu haben.

Noch während dieses Festes setzte der Volksbote seine Hetze gegen Bürgermeister Dr. Neumann fort, und zwar auf persönlichem Gebiete. Die Ursache dazu gab die Tatsache, daß Bürgermeister Dr. Neumann Aufsichtsratsvorsitzender in den Hugenbergschen Unternehmungen war. Auch hier erlebte das Blatt einen Reinfall nach dem anderen, ohne aber in seinem Bestreben nachzulassen, den Schild dieses Mannes zu beschmutzen.

Am 17. Juni zeigte es sich, wie recht Bürgermeister Dr. Neumann hatte, als er erklärte, daß die kommenden Senatswahlen der Bevölkerung die Augen über das Spiel, das hier getrieben wurde, öffnen würden. Wir schrieben damals:

„Also doch!

Wie uns mitgeteilt wird, ist von den Sozialdemokraten und Demokraten Eckholdt für den vollamtlichen Senatsposten (18 000 Mark Gehalt und Pensionsberechtigung) in Vorschlag gebracht worden. Die Sozialdemokraten wollen sich also auf Kosten der Steuerzahler für die Mithilfe bei der Hetze gegen Dr. Neumann sehr dankbar erweisen. Was sich schon damals in den heißen Tagen des Kampfes die Spatzen von den Dächern zupfiffen, nämlich, daß Eckholdt auf einen Senatsposten wartet, erkennt man nun als die richtige Melodie. Unverständlich bleibt es uns, wie